

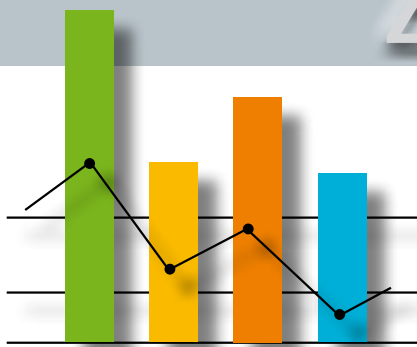


Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Das Bundesamt in Zahlen 2013

Asyl

Zahlen 2013



Das Bundesamt in Zahlen 2013

Asyl

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	6
Asyl	8
1 Asylanträge	8
Asylantragszahlen seit 1953	8
Asylantragszahlen seit 2000	11
Asylerstantragszahlen im 5-Jahres-Vergleich	12
Asylfolgeantragszahlen im 5-Jahres-Vergleich	13
Aufnahmequoten nach dem Königsteiner Schlüssel	14
Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge) von 2004 bis 2013	16
Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer ausgewählter Jahre	18
Asylbewerber im Jahr 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen	19
Asylerstanträge der Hauptherkunftsländer im Jahr 2013 nach Geschlecht	20
2 Ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit der Asylbewerber	21
Syrische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013	21
Afghanische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013	21
Religionszugehörigkeit der Asylbewerber im Jahr 2013	22
3 Dublinverfahren	23
Ziel des Verfahrens	23
Rechtsgrundlage	23
Verfahrensablauf	23
Mitgliedstaaten	24
EURODAC	24
VIS	24
Übernahmeersuchen an und aus den Mitgliedstaaten im Jahr 2013	25
Überstellungen von und an Deutschland in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten 2013	28
Entwicklung der Dublinverfahren von 2004 bis 2013	29

4	Entscheidungen über Asylanträge	31
	Rechtliche Voraussetzungen	31
	Rechtsgrundlagen für die Asylentscheidungen	32
	Entscheidungen und Entscheidungsquoten seit 2005	33
	Entwicklung der Schutzquote	35
	Entscheidungsquoten nach Herkunftsländern im Jahr 2013	37
	Entscheidungsquoten ausgewählter Herkunftsländer	38
	Nichtstaatliche Verfolgung	39
	Geschlechtsspezifische Verfolgung	40
5	Flughafenverfahren	41
6	Anhängige Verfahren beim Bundesamt	42
7	Widerruf und Rücknahme	43
	Widerruf	43
	Rücknahme	43
8	Asylbewerberleistungsgesetz	45
	Empfänger von Regelleistungen von 2000 bis 2012	45
	Nettoausgaben im Rahmen des AsylbLG von 2000 bis 2012	46
9	Asylbewerber, Asylberechtigte und als Flüchtling anerkannte Ausländer am Jahresende 2013	47

Abbildungsverzeichnis

Abbildung I - 1:	Entwicklung der Asylantragszahlen seit 1953 – ab 1995 nur Erstanträge	9
Abbildung I - 2:	Entwicklung der Asylerstantragszahlen im Jahresvergleich von 2009 bis 2013	12
Abbildung I - 3:	Entwicklung der Asylfolgeantragszahlen im Jahresvergleich von 2009 bis 2013	13
Abbildung I - 4:	Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer ausgewählter Jahre (2000)	18
Abbildung I - 5:	Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer ausgewählter Jahre (2005)	18
Abbildung I - 6:	Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer ausgewählter Jahre (2010)	18
Abbildung I - 7:	Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer ausgewählter Jahre (2013)	18
Abbildung I - 8:	Asylerstanträge im Jahr 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen	19
Abbildung I - 9:	Syrische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013	21
Abbildung I - 10:	Afghanische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013	21
Abbildung I - 11:	Asylerstanträge im Jahr 2013 nach Religionszugehörigkeit	22
Abbildung I - 12:	Übernahmeersuchen von Deutschland an die Mitgliedstaaten im Jahr 2013	25
Abbildung I - 13:	Übernahmeersuchen von den Mitgliedstaaten an Deutschland im Jahr 2013	26
Abbildung I - 14:	Überstellungen von und an Deutschland in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten im Jahr 2013	28
Abbildung I - 15:	Quoten der einzelnen Entscheidungsarten von 2005 bis 2013	34
Abbildung I - 16:	Quoten der einzelnen Entscheidungsarten im Jahr 2013	35
Abbildung I - 17:	Entscheidungen über Asylanträge von Asylbewerbern aus der Russischen Föderation im Jahr 2013	38
Abbildung I - 18:	Entscheidungen über Asylanträge syrischer Asylbewerber im Jahr 2013	38
Abbildung I - 19:	Entscheidungen über Asylanträge afghanischer Asylbewerber im Jahr 2013	38
Abbildung I - 20:	Entwicklung der anhängigen Asylverfahren seit 2004	42
Abbildung I - 21:	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren von 2005 bis 2013	44
Abbildung I - 22:	Empfänger von Regelleistungen nach dem AsylbLG von 2000 bis 2012	45
Abbildung I - 23:	Nettoausgaben im Rahmen des AsylbLG von 2000 bis 2012	46
Abbildung I - 24:	Aufhältige Asylbewerber am 31.12.2013	48
Abbildung I - 25:	Aufhältige Asylbewerber nach Art. 16 a GG am 31.12.2013	48
Abbildung I - 26:	Aufhältige anerkannte Flüchtlinge gem. § 60 Abs. 1 AufenthG am 31.12.2013	48
Karte I - 1:	Herkunftsländer im Jahr 2013	10
Karte I - 2:	Quotenverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel für das Jahr 2013	15
Karte I - 3:	Übernahmeersuchen von und an Deutschland in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten im Jahr 2013	27

Tabellenverzeichnis

Tabelle I - 1:	Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen seit 2000 sowie monatliche Zugangszahlen im Jahr 2013	11
Tabelle I - 2:	Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer im Jahr 2013	14
Tabelle I - 3:	Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer von 2004 bis 2013 (Erstanträge)	17
Tabelle I - 4:	Asylerstanträge im Jahr 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen	20
Tabelle I - 5:	Asylerstanträge der Hauptherkunftsländer 2013 nach Geschlecht	20
Tabelle I - 6:	Religionszugehörigkeit der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge) im Jahr 2013	22
Tabelle I - 7:	Relation der Dublinverfahren zur Gesamtzahl der Asylverfahren in Deutschland von 2004 bis 2013	29
Tabelle I - 8:	Übernahmeersuchen nach der Dublin-Verordnung und nach dem Dubliner Übereinkommen von 2004 bis 2013	30
Tabelle I - 9:	Entscheidungen und Entscheidungsquoten seit 2005 in Jahreszeiträumen (Erst- und Folgeanträge)	34
Tabelle I - 10:	Entscheidungsquoten nach Herkunftsländern im Jahr 2013 (Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge)	37
Tabelle I - 11:	Gewährung von Flüchtlingsschutz aufgrund nichtstaatlicher/ staatlicher Verfolgung im Jahr 2013	39
Tabelle I - 12:	Gewährung von Flüchtlingsschutz aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung im Jahr 2013	40
Tabelle I - 13:	Flughafenverfahren gemäß § 18 a AsylVfG	41
Tabelle I - 14:	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren nach Herkunftsländern im Jahr 2013	44
Tabelle I - 15:	Aufhältige Asylbewerber am 31.12.2013	48
Tabelle I - 16:	Aufhältige Asylberechtigte nach Art. 16 a GG am 31.12.2013	48
Tabelle I - 17:	Aufhältige anerkannte Flüchtlinge gem. § 60 Abs. 1 AufenthG am 31.12.2013	48

I Asyl

1 Asylanträge

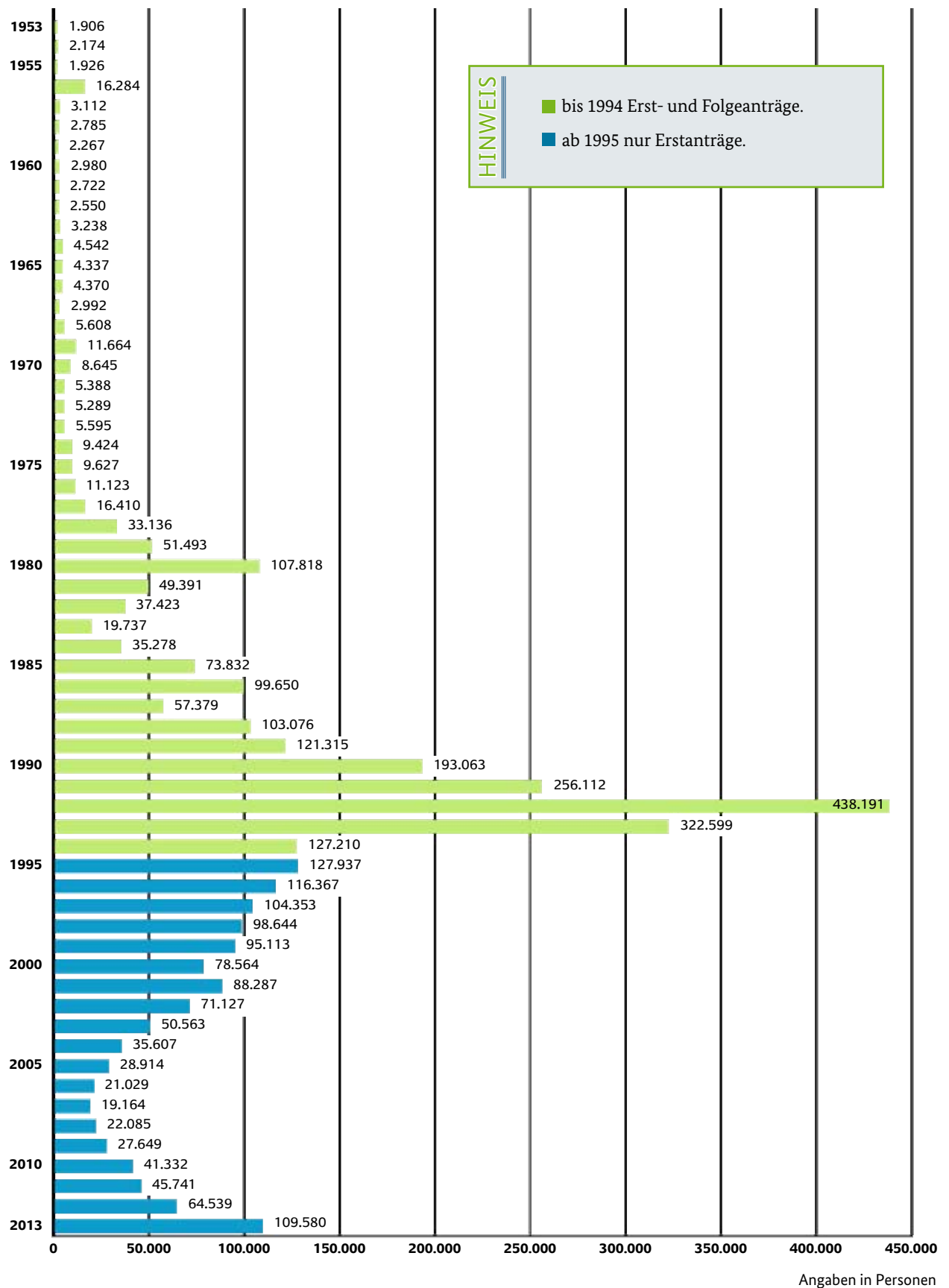
Asylantragszahlen seit 1953

Die Voraussetzungen für die Aufnahme politisch Verfolgter sowie anderer Schutzsuchender sind in Art. 16 a Grundgesetz (GG), im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) sowie in § 60 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet über die Asylanträge. Die Aufenthaltsregelung während und nach dem Abschluss des Asylverfahrens fällt in die Zuständigkeit der Ausländerbehörden der Bundesländer.

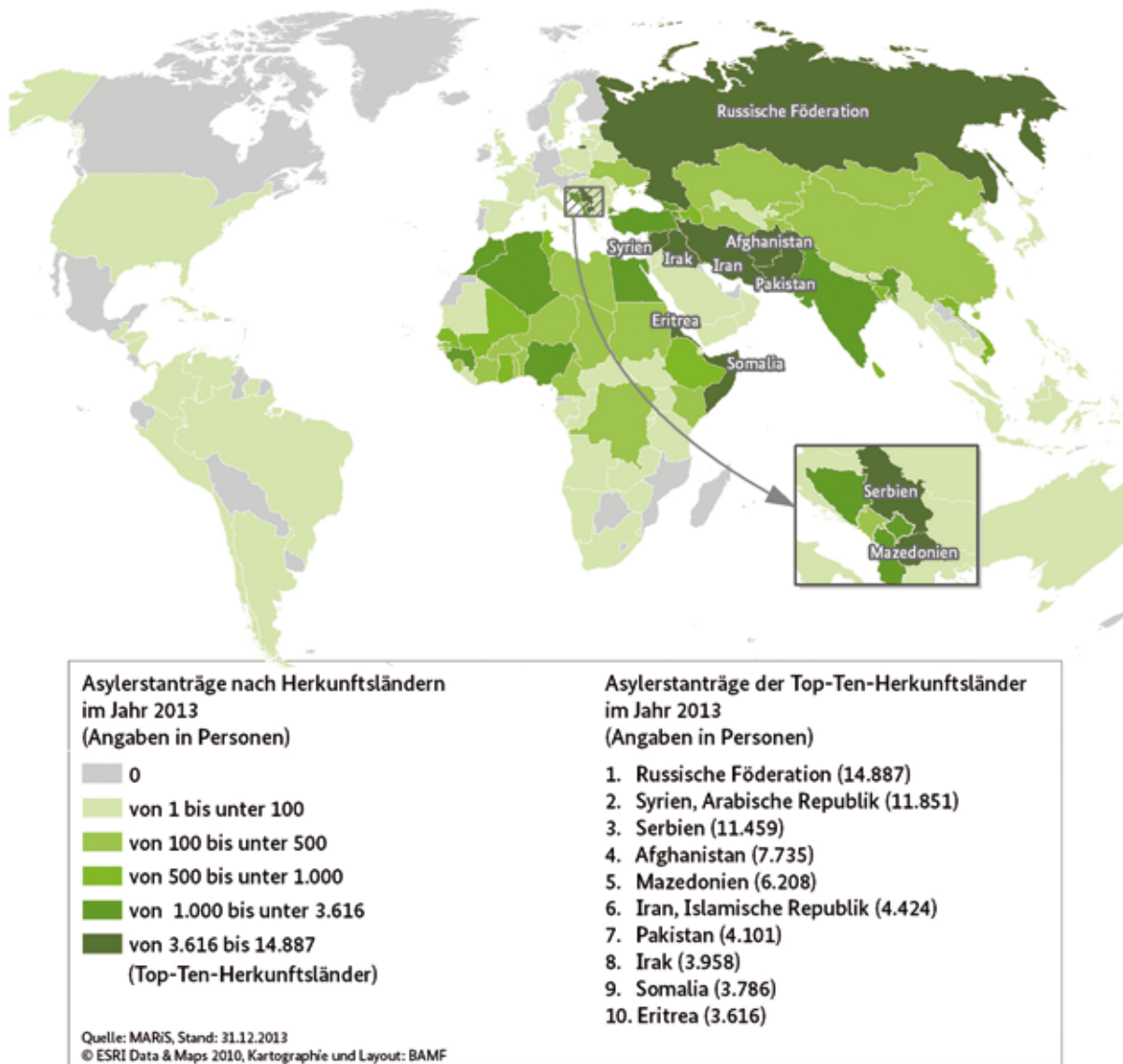
Seit 1953 stellten 3,5 Millionen Menschen in Deutschland einen Asylantrag, davon mehr als 2,5 Millionen seit 1990. Lediglich etwas mehr als ein Viertel der gestellten Asylanträge entfällt auf den Betrachtungszeitraum von 37 Jahren bis 1989. Der große Anteil (fast drei Viertel) aller Asylanträge wurde im Zeitraum von 24 Jahren seit 1990 gestellt.

Die meisten Anträge wurden im Jahr 1992 registriert (438.191). Danach war die Zahl der Asylanträge stark rückläufig. Nach einem Tiefststand von 19.164 Erstantragstellern im Jahr 2007 zeigte sich in den letzten Jahren wieder ein Anstieg der Zugangszahlen. Im Jahr 2013 wurden 109.580 Erstanträge erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr (64.539) bedeutet dies einen erheblichen Zuwachs um 69,8 %. Die Zahl der Erstantragsteller des Jahres 2013 stellt den höchsten Wert seit dem Jahr 1996 (116.367) dar.

Abbildung I - 1:
Entwicklung der Asylantragszahlen seit 1953 – ab 1995 nur Erstanträge



Karte I - 1:
Herkunftsländer im Jahr 2013



HINWEIS

Die Entwicklung und Zusammensetzung der Hauptherkunftsländer wird auf den Seiten 16ff dargestellt.

Asylantragszahlen seit 2000

Im Asylverfahren werden zwei Arten von Asylanträgen unterschieden. Ein Asylersantrag liegt vor, wenn ein Ausländer erstmals ein Asylgesuch stellt; ein Asylfolgeantrag, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags ein weiterer Asylantrag gestellt wird (vgl. § 71 AsylVfG). Ein weiteres Asylverfahren ist nur durchzuführen, wenn ein Wiederaufnahmegrund nach § 51 Abs. 1 bis 3 Verwaltungsverfahrensgesetz vorliegt. Ein Wiederaufnahmegrund ergibt sich beispielsweise, wenn sich die der ersten Entscheidung zu Grunde liegende Sach- oder Rechtslage für den Antragsteller geändert hat.

Seit der Jahrtausendwende wurden mehr als 700.000 Asylersantragsteller und rd. 210.000 Folgeantragsteller registriert. Nach einem Tiefpunkt der Asylersanträge im Jahr 2007 von 19.164 bzw. einem Tiefststand von 5.384 Folgeantragstellern im Jahr 2009 zeigen sich seither steigende Tendenzen.

Der Anteil der Folgeanträge an der Gesamtzahl aller Anträge bewegt sich zwischen 36,8 % und 13,7 %. Mit 36,8 % erreichte der Anteil der Folgeanträge an der Gesamtzugangszahl im Jahr 2007 seinen Höchstwert. Mit Ausnahme des Jahres 2012 zeigt sich seither ein Rückgang des Anteilswertes. Im Jahr 2013 lag der Anteil der Folgeanträge mit 13,7 % auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995.

Die meisten Folgeanträge stellten im Jahr 2013 Personen aus Serbien, gefolgt von Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Syrien. Damit entfallen mehr als drei Viertel (76,3 %) aller im Jahr 2013 gestellten Folgeanträge auf diese fünf Herkunftsländer.

Tabelle I - 1:
Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen seit 2000 sowie monatliche Zugangszahlen im Jahr 2013

Zeitraum	Asylanträge		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
2000	117.648	78.564	39.084
2001	118.306	88.287	30.019
2002	91.471	71.127	20.344
2003	67.848	50.563	17.285
2004	50.152	35.607	14.545
2005	42.908	28.914	13.994
2006	30.100	21.029	9.071
2007	30.303	19.164	11.139
2008	28.018	22.085	5.933
2009	33.033	27.649	5.384
2010	48.589	41.332	7.257
2011	53.347	45.741	7.606
2012	77.651	64.539	13.112
2013	127.023	109.580	17.443
Jan 2013	8.186	7.332	854
Feb 2013	6.636	5.806	830
Mrz 2013	6.295	5.579	716
Apr 2013	8.557	7.541	1.016
Mai 2013	8.358	7.477	881
Jun 2013	9.510	8.408	1.102
Jul 2013	11.063	9.516	1.547
Aug 2013	11.177	9.502	1.675
Sep 2013	13.752	11.461	2.291
Okt 2013	15.251	12.940	2.311
Nov 2013	14.147	12.130	2.017
Dez 2013	11.028	9.218	1.810

☞ Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

§ 71 AsylVfG Folgeantrag



(1) Stellt ein Ausländer nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut einen Asylantrag (Folgeantrag), so ist ein weiteres Verfahren nur durchzuführen, wenn die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 bis 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vorliegen; die Prüfung obliegt dem Bundesamt. ...

Asylerstantragszahlen im 5-Jahres-Vergleich

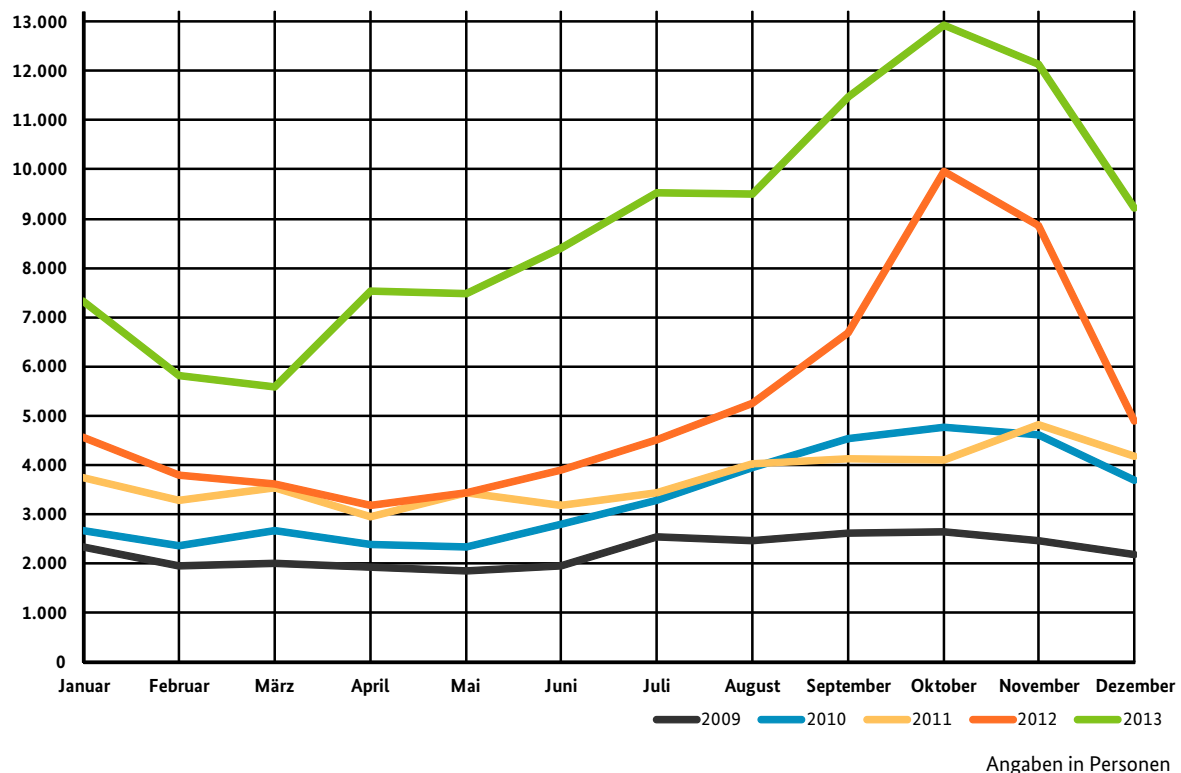
Wie die Abbildung I - 2 zeigt, stellt sich die Entwicklung der monatlichen Zugangszahlen im Jahresvergleich unterschiedlich dar. In der Mehrzahl der Jahre zeigt sich ein Anstieg der Zahl der Asylerstanträge bis Oktober, sodann ein Rückgang in den Monaten November und Dezember.

Im Betrachtungszeitraum liegen die Monatswerte in der Regel über den jeweiligen Vorjahreswerten. Im Jahr 2012 zeigt sich ab Mai ein stetiger Anstieg der monatlichen Zugangswerte. Diese Entwicklung hielt bis Oktober 2012 an. Im Oktober wurden 9.950 Erst-

anträge beim Bundesamt verzeichnet, dem höchsten Monatswert seit November 1998 mit 10.883 Erstanträgen. Ursächlich für diese Entwicklung waren gestiegene Monatswerte ab Mai für das Herkunftsland Syrien, sowie ab August für die Westbalkan-Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Die Monatswerte des Jahres 2013 liegen in erheblichem Maß über den Vorjahreswerten. Auch hier zeigt sich ein steter Anstieg bis Oktober. In der ersten Jahreshälfte dominierte die Russische Föderation, in der zweiten Jahreshälfte wurden steigende Monatswerte für die Herkunftsländer Serbien und – in geringerem Umfang – auch Mazedonien verzeichnet. Syrien zeigte hohe Zugangszahlen mit steigender Tendenz in der zweiten Jahreshälfte.

Abbildung I - 2:

Entwicklung der Asylerstantragszahlen im Jahresvergleich von 2009 bis 2013

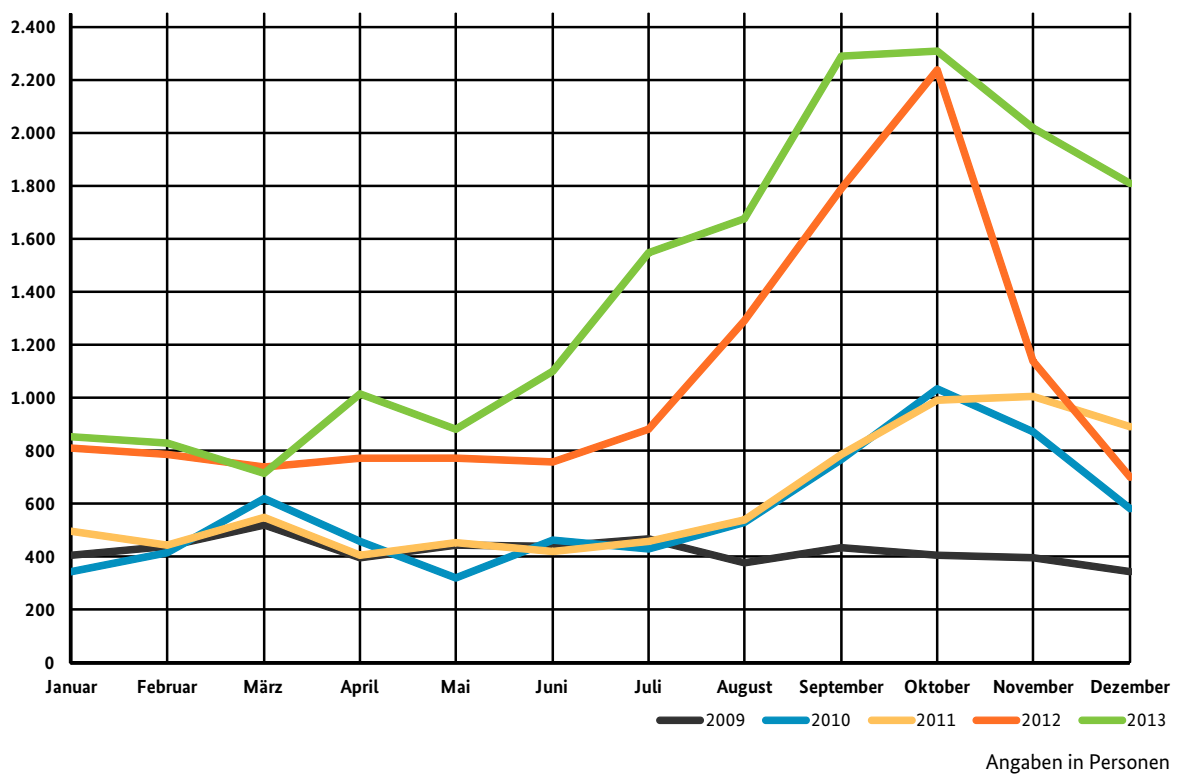


Asylfolgeantragszahlen im 5-Jahres-Vergleich

Infolge eines kontinuierlichen Rückgangs erreichte die Jahresgesamtzahl der Folgeanträge im Jahr 2009 den Tiefststand seit der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995, um anschließend wieder steigende Tendenzen aufzuweisen. Die Jahresgesamtzahl 2013 mit 17.443 Folgeantragstellern liegt nur geringfügig über der Gesamtzahl des Jahres 2003 mit 17.285 Folgeanträgen (s. Tabelle I - 1).

Die Monatswerte des Jahres 2013 liegen mit Ausnahme des März-Wertes deutlich über den entsprechenden Vorjahreswerten. Die monatliche Zahl der Folgeantragsteller weist eine vergleichbare Entwicklung auf wie die Monatswerte der Asylerstanträge. Einem im Frühjahr beginnenden Anstieg der Zugangszahlen bis zum Höchstwert im Oktober (2.311 Folgeanträge) folgte bis Dezember ein Rückgang. Hauptherkunftsländer waren Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

Abbildung I - 3:
Entwicklung der Asylfolgeantragszahlen im Jahresvergleich von 2009 bis 2013



Aufnahmequoten nach dem Königsteiner Schlüssel

Mit Hilfe des bundesweiten Verteilungssystems EASY (Erstverteilung von Asylbegehrenden) wird die für die Unterbringung des Asylsuchenden zuständige Erstaufnahmeeinrichtung ermittelt. Das EASY-System dient der Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer und ist seit dem 01.04.1993 in Betrieb. Die Asylbegehrenden werden (gem. § 45 AsylVfG) durch dieses System zahlenmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt.

Die quotengerechte Verteilung erfolgt unter Anwendung des sog. Königsteiner Schlüssels. Die Bezeichnung geht zurück auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949, mit dem dieser Schlüssel zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen eingeführt worden ist. Heute geht der Anwendungsbereich des Königsteiner Schlüssels weit über den Forschungsbereich hinaus.

Zahlreiche Abkommen bzw. Vereinbarungen greifen inzwischen auf diesen Schlüssel zurück. Er setzt sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der Länder zusammen.

Dem Königsteiner Schlüssel für das jeweilige Haushaltsjahr liegen das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl des jeweiligen Vorvorjahres zu Grunde.

Im EASY-System wird jeweils der Königsteiner Schlüssel angewendet, der für das vorangegangene Kalenderjahr im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde (§ 45 Satz 2 AsylVfG).

Im Jahr 2013 wurde somit im EASY-System der Königsteiner Schlüssel des Haushaltsjahres 2012 zu Grunde gelegt, der wiederum auf dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl des Jahres 2010 basiert.

Der Königsteiner Schlüssel für die Quotenverteilung im Jahr 2013 kann der Tabelle I - 2 sowie der folgenden Karte entnommen werden.

Tabelle I - 2:
Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer im Jahr 2013

Bundesländer	Asylerstanträge		Quote nach dem Königsteiner Schlüssel
	absoluter Wert	prozentualer Wert	
Baden-Württemberg	13.421	12,24767%	12,93143%
Bayern	16.698	15,23818%	15,22505%
Berlin	6.113	5,57857%	5,07477%
Brandenburg	3.058	2,79066%	3,07156%
Bremen	1.109	1,01205%	0,93354%
Hamburg	3.207	2,92663%	2,55023%
Hessen	8.129	7,41832%	7,30187%
Mecklenburg-Vorpommern	2.303	2,10166%	2,06015%
Niedersachsen	10.225	9,33108%	9,40134%
Nordrhein-Westfalen	23.719	21,64537%	21,21997%
Rheinland-Pfalz	5.481	5,00183%	4,80847%
Saarland	1.219	1,11243%	1,22715%
Sachsen	5.040	4,59938%	5,14393%
Sachsen-Anhalt	3.198	2,91842%	2,90793%
Schleswig-Holstein	3.756	3,42763%	3,36391%
Thüringen	2.722	2,48403%	2,77870%
Unbekannt	182	0,16609%	
insgesamt	109.580	100,0%	100,0%

Karte I - 2:
Quotenverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel für das Jahr 2013



Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge) von 2004 bis 2013

Veränderungen in der Zusammensetzung der Herkunftsländer sind Ausdruck politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse in den einzelnen Ländern.

Während im Zeitraum von 1986 bis 1994 europäische Staaten wie vor allem Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu den Hauptherkunftsländern zählten, spielen sie seitdem eine untergeordnete Rolle; die damaligen Hauptherkunftsländer sind inzwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Anschluss dominierten dagegen einige Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Gegenwärtig zählen hierzu Serbien und Mazedonien. Die Türkei zählte durchgängig von 1986 bis 2011 zu den Hauptherkunftsländern. Die Russische Föderation ist seit dem Jahr 2000 ein Hauptherkunftsländ.

Von den afrikanischen Staaten zählten in den Jahren 1986 bis 1996 Algerien, Ghana, Nigeria, Togo und die Demokratische Republik Kongo (ehemals Zaire) mindestens je einmal zu den Hauptherkunftsländern, seit 1997 trifft dies noch auf Algerien und Nigeria zu. Im Jahr 2010 und 2013 war Somalia eines der Hauptherkunftsländer. Eritrea gehörte 2013 erstmals zu den Hauptherkunftsländern.

Bei den asiatischen Staaten waren seit Mitte der 1980er Jahre Afghanistan, Iran und ab 1995 auch der Irak fast durchgängig unter den Hauptherkunftsländern verzeichnet. Seit 1998 zählt Syrien nahezu ununterbrochen zu den Hauptherkunftsländern. Vietnam war von 1998 bis 2009 in der Liste der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer enthalten.

Nach dem Jahr 2010 mit vier asiatischen Hauptherkunftsländern setzt sich die Liste der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer des Jahres 2013 wieder – wie bereits seit 1995 – aus mindestens fünf asiatischen Staaten zusammen. Hinzu kommen drei europäische Staaten sowie zwei afrikanische Staaten.

Die Zusammensetzung der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer hat sich im Vergleich zum Jahr 2012 nicht wesentlich verändert.

Die Herkunftsländer Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo sind nicht mehr in der Liste der Top-Ten-Länder enthalten, stattdessen gehören Somalia und Eritrea zu den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern. Ansonsten sind alle Top-Ten-Länder des Jahres 2012 ebenfalls Top-Ten-Länder des Jahres 2013, wenngleich in unterschiedlicher Reihung. Es zeigt sich, dass sich im Jahr 2013 drei europäische Herkunftsländer unter den ersten fünf Top-Ten-Ländern befinden.

Die Russische Föderation belegt Rang 1 (Vorjahr Rang 8), gefolgt von Syrien (Vorjahr Rang 3) und Serbien (Vorjahr Rang 1).

Der Anteil der zehn Hauptherkunftsländer an der Gesamtzahl der Asylerstanträge erreichte 2006 den bisher niedrigsten Wert von 55,3 % und erreichte im weiteren Verlauf einen Höchstwert von 72,8 % im Jahr 2012. Im Jahr 2013 belief sich der Anteilswert auf 65,7 %.

Die folgende Tabelle stellt die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge) für das jeweilige Jahr dar.

Tabelle I - 3:
Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer von 2004 bis 2013 (Erstanträge)

Herkunftsland	2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010		2011		2012		2013	
Afghanistan			9	711	10	531			9	657	2	3.375	1	5.905	1	7.767	2	7.498	4	7.735
Aserbaidshan	6	1.363	8	848																
Bosnien und Herzegowina																	9	2.025		
China	8	1.186	10	633																
Eritrea																			10	3.616
Indien	10	1.118					10	413			10	681								
Irak	7	1.293	3	1.983	1	2.117	1	4.327	1	6.836	1	6.538	2	5.555	2	5.831	4	5.352	8	3.958
Iran, Islam. Republik	5	1.369	7	929	7	611	7	631	5	815	5	1.170	4	2.475	4	3.352	6	4.348	6	4.424
Kosovo***									4	879	4	1.400	7	1.614	9	1.395	10	1.906		
Libanon					9	601	8	592												
Mazedonien													5	2.466	10	1.131	5	4.546	5	6.208
Nigeria	9	1.130					9	503	10	561	9	791								
Pakistan															6	2.539	7	3.412	7	4.101
Russische Föderation	3	2.757	4	1.719	5	1.040	5	772	6	792	7	936	10	1.199	7	1.689	8	3.202	1	14.887
Serbien und Montenegro *	2	3.855	1	5.522	3	1.828														
Serbien **					4	1.354	2	1.996	8	729			3	4.978	3	4.579	1	8.477	3	11.459
Somalia													6	2.235					9	3.786
Syrien, Arab. Republik			6	933	8	609	6	634	7	775	8	819	8	1.490	5	2.634	3	6.201	2	11.851
Türkei	1	4.148	2	2.958	2	1.949	3	1.437	2	1.408	3	1.429	9	1.340	8	1.578				
Vietnam	4	1.668	5	1.222	6	990	4	987	3	1.042	6	1.115								
Summe Top-Ten-Länder		19.887		17.458		11.630		12.292		14.494		18.254		29.257		32.495		46.967		72.025
Asylerstanträge insgesamt		35.607		28.914		21.029		19.164		22.085		27.649		41.332		45.741		64.539		109.580
Prozentanteil der Top-Ten-Länder an den Gesamt-zugängen		55,9%		60,4%		55,3%		64,1%		65,6%		66,0%		70,8%		71,0%		72,8%		65,7%

Die Rangziffer ist den absoluten Zahlen jeweils vorangestellt.

* Daten 2006 umfassen den Zeitraum 01.01.-31.07.2006.

** Daten 2006 umfassen den Zeitraum 01.08.-31.12.2006, Daten 2008 beinhalten bis 30.04.2008 auch Antragsteller aus dem Kosovo.

*** Das HKL Kosovo wird seit dem 01.05.2008 getrennt in der Statistik erfasst.

Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer ausgewählter Jahre

Abbildung I - 4:

2000

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 78.564

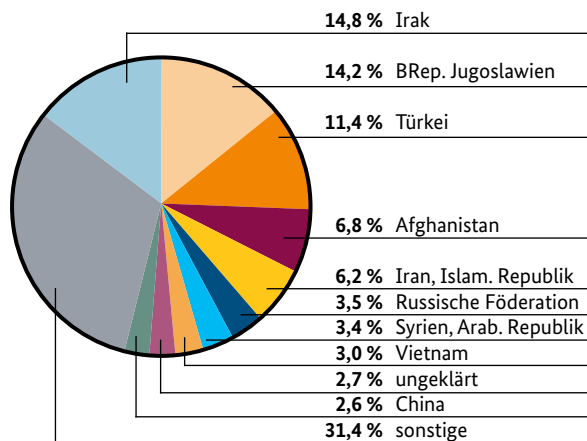


Abbildung I - 6:

2010

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 41.332

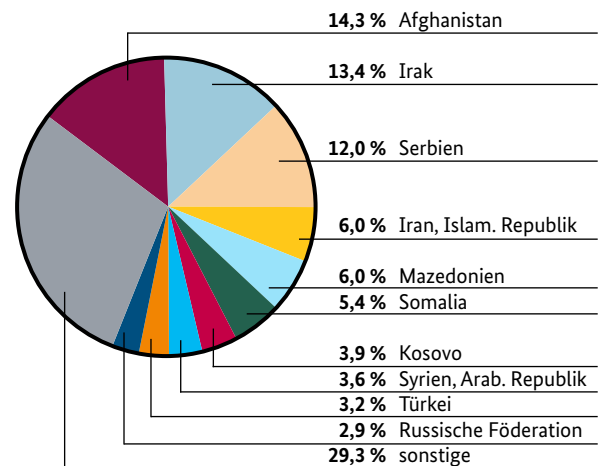


Abbildung I - 5:

2005

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 28.914

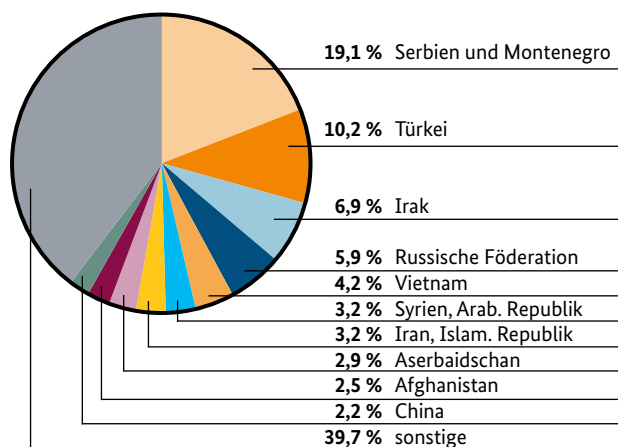
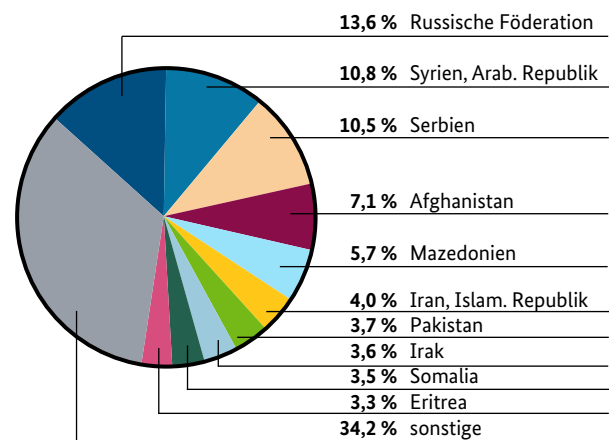


Abbildung I - 7:

2013

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 109.580



Asylbewerber im Jahr 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen

Im Jahr 2013 wurde mit 63,4 % die Mehrheit der Asylersanträge von Männern gestellt. Der Anteil der männlichen Antragsteller überwiegt in den Altersgruppen bis „unter 55 Jahre“, wohingegen in den Altersgruppen der „55-jährigen und älteren Asylbewerber“ der Anteil der weiblichen Antragsteller größer ist. Insgesamt sind 71,5 % aller Asylbewerber jünger als 30 Jahre (2012: 71,3 %).

Abbildung I - 8:
Asylersanträge im Jahr 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen

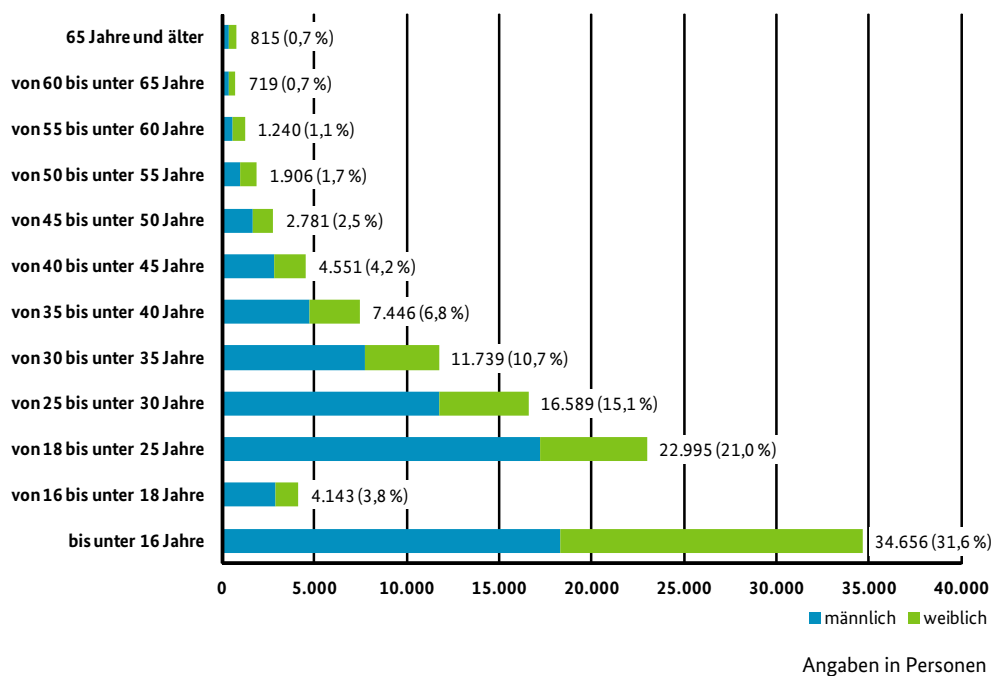


Tabelle I - 4:
Asylerstanträge im Jahr 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppen	Asylerstanträge						prozentualer Anteil männlicher Antragsteller innerhalb der Altersgruppen	prozentualer Anteil weiblicher Antragsteller innerhalb der Altersgruppen
	insgesamt		Aufteilung der männlichen Antragsteller nach Altersgruppen		Aufteilung der weiblichen Antragsteller nach Altersgruppen			
bis unter 16 Jahre	34.656	31,6%	18.278	26,3%	16.378	40,8%	52,7%	47,3%
von 16 bis unter 18 Jahre	4.143	3,8%	2.921	4,2%	1.222	3,0%	70,5%	29,5%
von 18 bis unter 25 Jahre	22.995	21,0%	17.200	24,8%	5.795	14,4%	74,8%	25,2%
von 25 bis unter 30 Jahre	16.589	15,1%	11.750	16,9%	4.839	12,1%	70,8%	29,2%
von 30 bis unter 35 Jahre	11.739	10,7%	7.752	11,2%	3.987	9,9%	66,0%	34,0%
von 35 bis unter 40 Jahre	7.446	6,8%	4.729	6,8%	2.717	6,8%	63,5%	36,5%
von 40 bis unter 45 Jahre	4.551	4,2%	2.832	4,1%	1.719	4,3%	62,2%	37,8%
von 45 bis unter 50 Jahre	2.781	2,5%	1.671	2,4%	1.110	2,8%	60,1%	39,9%
von 50 bis unter 55 Jahre	1.906	1,7%	1.020	1,5%	886	2,2%	53,5%	46,5%
von 55 bis unter 60 Jahre	1.240	1,1%	608	0,9%	632	1,6%	49,0%	51,0%
von 60 bis unter 65 Jahre	719	0,7%	341	0,5%	378	0,9%	47,4%	52,6%
65 Jahre und älter	815	0,7%	369	0,5%	446	1,1%	45,3%	54,7%
Insgesamt	109.580	100,0%	69.471	100,0%	40.109	100,0%	63,4%	36,6%

Asylerstanträge der Hauptherkunftsländer im Jahr 2013 nach Geschlecht

Bei den Hauptherkunftsländern des Jahres 2013 bewegt sich der Anteil der von Frauen gestellten Asylanträge in Relation zu allen Asylerstanträgen des jeweiligen Herkunftslandes zwischen 10,5 % (Pakistan) und 49,4 % (Serbien).

Tabelle I - 5:
Asylerstanträge der Hauptherkunftsländer 2013 nach Geschlecht

Hauptherkunftsländer	insgesamt	Asylerstanträge			
		männliche Antragsteller		weibliche Antragsteller	
Russische Föderation	14.887	7.583	50,9%	7.304	49,1%
Syrien, Arab. Republik	11.851	7.776	65,6%	4.075	34,4%
Serbien	11.459	5.798	50,6%	5.661	49,4%
Afghanistan	7.735	5.453	70,5%	2.282	29,5%
Mazedonien	6.208	3.162	50,9%	3.046	49,1%
Iran, Islam. Republik	4.424	2.463	55,7%	1.961	44,3%
Pakistan	4.101	3.672	89,5%	429	10,5%
Irak	3.958	2.099	53,0%	1.859	47,0%
Somalia	3.786	2.771	73,2%	1.015	26,8%
Eritrea	3.616	2.665	73,7%	951	26,3%
Summe Top-Ten-Länder	72.025	43.442	60,3%	28.583	39,7%
sonstige	37.555	26.029	69,3%	11.526	30,7%
Herkunftsländer gesamt	109.580	69.471	63,4%	40.109	36,6%

2 Ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit der Asylbewerber

Einige Herkunftsländer fallen durch den hohen Anteil von Asylbewerbern einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppe auf. Insoweit spiegeln sich auch in einer Betrachtung der Asylbewerber nach diesem Kriterium insbesondere die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Herkunftsländern wider.

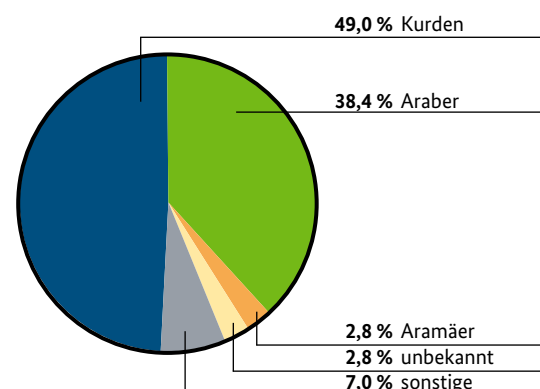
Syrische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013

Syrien ist ununterbrochen seit dem Jahr 2005 in der Liste der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer vertreten. Im Jahr 2013 belegte Syrien in der Liste der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer Platz 2.

Kurden stellten im Jahr 2013 mit 49,0 % die zahlenmäßig stärkste Gruppe unter den syrischen Asylbewerbern vor Arabern mit 38,4 %.

Abbildung I - 9:
Syrische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 11.851



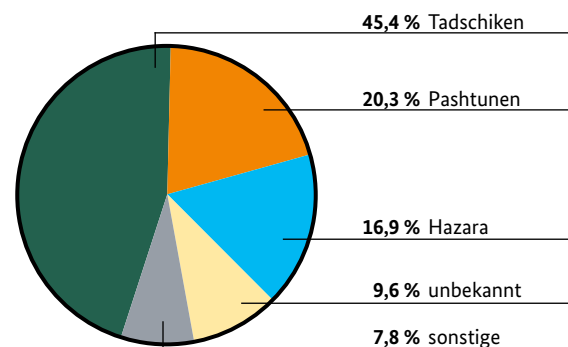
Afghanische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013

Afghanistan ist seit dem Jahr 1989 – ausgenommen die Jahre 2004 und 2007 – in der Liste der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer vertreten. Im Jahr 2013 belegt Afghanistan in der Liste der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer Platz 4.

Die größte Volksgruppe der afghanischen Erstantragsteller bildeten im Jahr 2013 die Tadschiken mit 45,4 %, gefolgt von den Pashtunen mit 20,3 % und den Hazara mit 16,9 %.

Abbildung I - 10:
Afghanische Asylbewerber nach Ethnie im Jahr 2013

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 7.735



Religionszugehörigkeit der Asylbewerber im Jahr 2013

Die Betrachtung der Asylersanträge des Jahres 2013 unter dem Aspekt Religionszugehörigkeit zeigt, dass mit 64,9 % Angehörige des Islam den größten Anteil der Erstantragsteller bilden, gefolgt von Christen mit 22,2 %. Damit gehören mehr als vier Fünftel (87,1 %) der Erstantragsteller einer dieser beiden Religionen an. An dritter Stelle folgen Yeziden mit 4,8 %.

Abbildung I - 11:
Asylerstanträge im Jahr 2013 nach
Religionszugehörigkeit

Gesamtzahl der Asylersanträge: 109.580

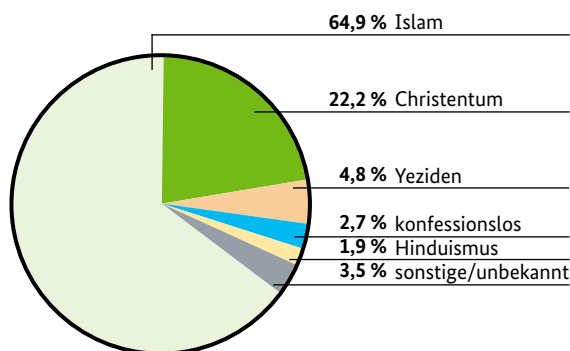


Tabelle I - 6:

Religionszugehörigkeit der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge) im Jahr 2013

Haupt-herkunfts-länder	Religionszugehörigkeiten														
	insge-samt	Islam		Christentum		Yeziden		Konfessionslos		Hinduismus		Buddhismus		sonstige/ unbekannt	
Russische Föderation	14.887	14.136	95,0 %	370	2,5 %	110	0,7 %	49	0,3 %	4	0,0 %	7	0,0 %	211	1,4 %
Syrien, Arab. Republik	11.851	7.825	66,0 %	1.590	13,4 %	2.050	17,3 %	74	0,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	312	2,6 %
Serbien	11.459	4.800	41,9 %	5.976	52,2 %	0	0,0 %	449	3,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	234	2,0 %
Afghanistan	7.735	6.706	86,7 %	135	1,7 %	1	0,0 %	54	0,7 %	387	5,0 %	0	0,0 %	452	5,8 %
Mazedonien	6.208	5.612	90,4 %	472	7,6 %	0	0,0 %	42	0,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %	82	1,3 %
Iran, Islam. Republik	4.424	1.726	39,0 %	1.400	31,6 %	1	0,0 %	1.028	23,2 %	0	0,0 %	1	0,0 %	268	6,1 %
Pakistan	4.101	3.922	95,6 %	57	1,4 %	0	0,0 %	8	0,2 %	0	0,0 %	0	0,0 %	114	2,8 %
Irak	3.958	728	18,4 %	753	19,0 %	2.281	57,6 %	13	0,3 %	0	0,0 %	1	0,0 %	182	4,6 %
Somalia	3.786	3.458	91,3 %	16	0,4 %	0	0,0 %	2	0,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	310	8,2 %
Eritrea	3.616	506	14,0 %	2.983	82,5 %	0	0,0 %	4	0,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	123	3,4 %
Summe 1 bis 10	72.025	49.419	68,6 %	13.752	19,1 %	4.443	6,2 %	1.723	2,4 %	391	0,5 %	9	0,0 %	2.288	3,2 %
Herkunfts-länder gesamt	109.580	71.134	64,9 %	24.309	22,2 %	5.276	4,8 %	2.996	2,7 %	2.053	1,9 %	222	0,2 %	3.590	3,3 %

Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer zeigen nur geringe Unterschiede hinsichtlich ihrer religiösen Zusammensetzung. So ist bei allen Herkunftsländern mit Ausnahme Serbiens, des Irak und Eritreas die islamische Religionszugehörigkeit am häufigsten vertreten mit Anteilen zwischen 39,0 % und 95,6 %. Beim

Herkunftsland Serbien sind die Anteile bezüglich des Islams (41,9 %) und des Christentums (52,2 %) relativ ausgewogen. Hingegen stellen beim Irak Yeziden mit 57,6 % die größte religiöse Gruppe. Bei Eritrea ist das Christentum mit 82,5 % am stärksten vertreten.

3 Dublinverfahren

Im sog. Dublinverfahren wird bestimmt, welcher europäische Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist.

Ziel des Verfahrens

Die Dublin-Verordnung legt fest, dass jeder im sog. „Dublinraum“ gestellte Asylantrag geprüft wird, und zwar durch einen Mitgliedstaat (kein Asylshopping). Damit soll die Sekundärwanderung innerhalb Europas gesteuert bzw. begrenzt werden, die erst durch den Wegfall der Binnengrenzkontrollen (Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens) in diesem Umfang möglich wurde (Ausgleichsfunktion durch Bestimmungen im Schengener Durchführungsübereinkommen sowie den entsprechenden Nachfolgeregelungen).

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage dieses Zuständigkeitsbestimmungsverfahrens waren zunächst die Art. 28 ff des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) vom 26.03.1995, die ab dem 01.09.1997 durch das Dubliner Übereinkommen (DÜ) abgelöst wurden. Seit dem 19.07.2013 ist die Verordnung (EU) 604/2013 (sog. Dublin-Verordnung) in Kraft, die die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 abgelöst hat und für alle Asylanträge gilt, die ab dem 01.01.2014 gestellt werden.

Verfahrensablauf

Stellt ein Drittstaatsangehöriger in einem Mitgliedstaat einen Asylantrag, prüft dieser gemäß den Zuständigkeitskriterien der Dublin-Verordnung, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung dieses Asylantrags zuständig ist. Ist dies ein anderer Mitgliedstaat, wird an diesen ein Übernahmeersuchen (Aufnahme- oder Wiederaufnahmegesuch) gestellt. Hält der ersuchte Mitgliedstaat dies für begründet, stimmt er innerhalb der Antwortfrist zu. Die Entscheidung, den Asylantrag nicht zu prüfen und den Antragsteller in den zuständigen Mitgliedstaat zu überstellen, wird dem Antragsteller mitgeteilt. Der neu am 06.09.2013 in Kraft getretene § 34 a Abs. 2 AsylVfG ermöglicht es dem Antragsteller hiergegen ein einstweiliges Rechtsschutzverfahren binnen einer Woche anzustrengen. Sofern der Antragsteller von diesem Rechtsbehelf Gebrauch macht, ist die Abschiebung nicht vor der gerichtlichen Entscheidung zulässig.

Nach Bescheiderstellung vereinbaren die beteiligten Mitgliedstaaten die Modalitäten der Überstellung, dem Asylbewerber wird ein Laissez-Passer ausgestellt, welches seine wesentlichen Angaben zur Person enthält. Wird die Überstellung nicht binnen sechs Monaten nach der Zustimmung bzw. im Falle einer Klage nach der Entscheidung hierüber durchgeführt, geht die Zuständigkeit auf den ersuchenden Mitgliedstaat über, es sei denn es liegen besondere Gründe vor, die die Frist zur Überstellung verlängern. Bei Haft verlängert sich die Frist auf längstens ein Jahr, bei Untertauchen auf 18 Monate.

Wird beim Aufgriff eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen festgestellt, dass dieser zuvor einen Asylantrag in einem anderen Mitgliedstaat gestellt hat, wird grundsätzlich ebenfalls ein Dublinverfahren durchgeführt. Stimmt der Mitgliedstaat dem Übernahmeersuchen zu, wird der Drittstaatsangehörige in diesen Mitgliedstaat überstellt.

Mitgliedstaaten

Mitgliedstaaten, in denen die Dublin-Verordnung unmittelbar geltendes Recht ist, sind alle Staaten der EU sowie auf Grund der Parallelabkommen auch Norwegen, Island, die Schweiz und seit dem 19.12.2011 Liechtenstein.

EURODAC

Das zentrale, automatisierte, europäische Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC ist seit dem 15.01.2003 in Betrieb. Es führte dazu, dass wesentlich schneller und in erheblich größerem Umfang als bisher bekannt wird, wenn ein Asylbewerber in Deutschland oder eine in Deutschland illegal aufhältige Person bereits zuvor in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt hat. Gerade bei letzterem Personenkreis, den sog. Aufgriffsfällen, hat sich die Beweislage deutlich verbessert. Dies zeigt sich insbesondere an der hohen Trefferanzahl, die Deutschland erzielt (laut Kommissions-Statistik: 18.002 EURODAC-Treffer bei den Aufgriffsfällen im Jahr 2013). Für Asylbewerber wurden im Jahr 2013 49.573 Treffer erzielt.

HINWEIS

Gemäß EURODAC-Verordnung Art. 2 Abs. 1e ist ein EURODAC - Treffer die auf Grund eines Abgleichs durch die Zentraleinheit festgestellte Übereinstimmung zwischen den in der EURODAC-Datenbank gespeicherten Fingerabdruckdaten und den von einem Mitgliedstaat übermittelten Fingerabdruckdaten zu einer Person.

VIS

Am 11.10.2011 hat das Europäische Visa-Informationssystem (VIS) auf Grundlage der VIS-Verordnung (EG) Nr. 767/2008) seinen Betrieb aufgenommen. Mit dem Visa-Informationssystem werden Daten über Anträge auf Erteilung eines Visums für einen kurzfristigen Aufenthalt und die hierzu getroffenen Entscheidungen zwischen den Schengen-Staaten ausgetauscht.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist als die zuständige Asylbehörde u. a. berechtigt, zum Zwecke der Bestimmung des Mitgliedstaats, der gemäß den Artikeln 12 und 35 der Dublin-Verordnung für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, Abfragen u. a. mit den Fingerabdrücken des Asylbewerbers durchzuführen.

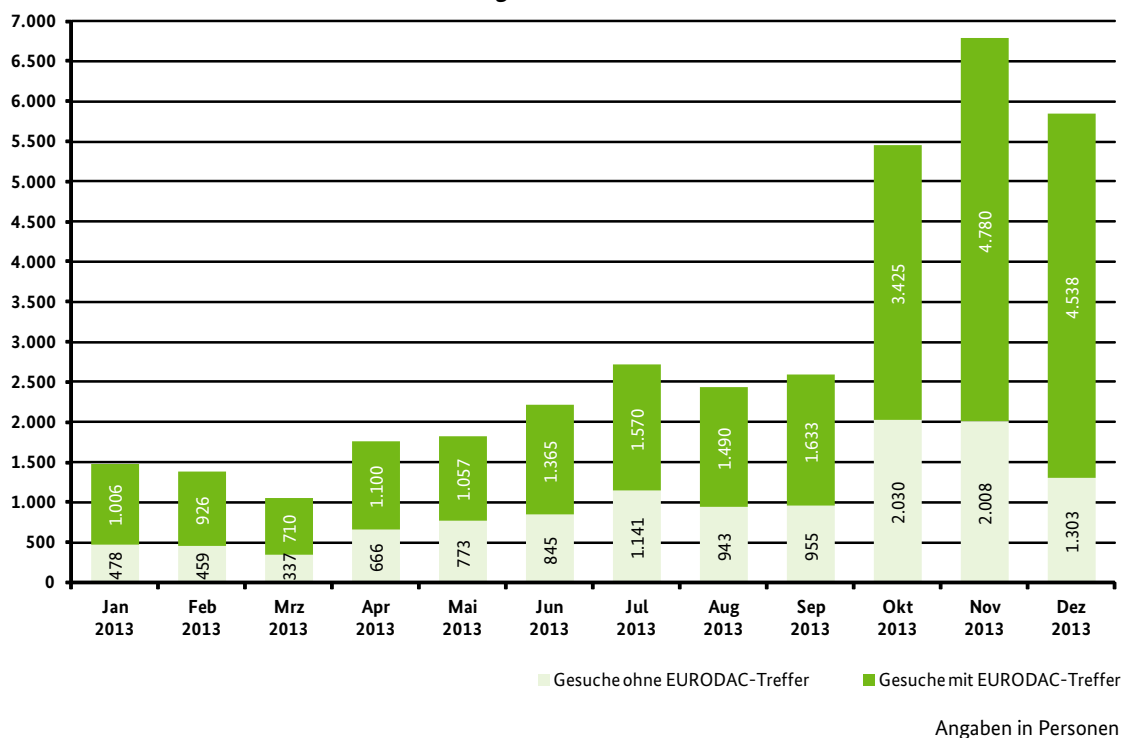


Übernahmeersuchen an und aus den Mitgliedstaaten im Jahr 2013

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen die im Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 monatlich vom Bundesamt an die Mitgliedstaaten gestellten und die von den Mitgliedstaaten an das Bundesamt gerichteten Übernahmeersuchen sowie den jeweiligen Anteil der Gesuche, die auf EURODAC-Treffern beruhen.

Abbildung I - 12:

Übernahmeersuchen von Deutschland an die Mitgliedstaaten im Jahr 2013

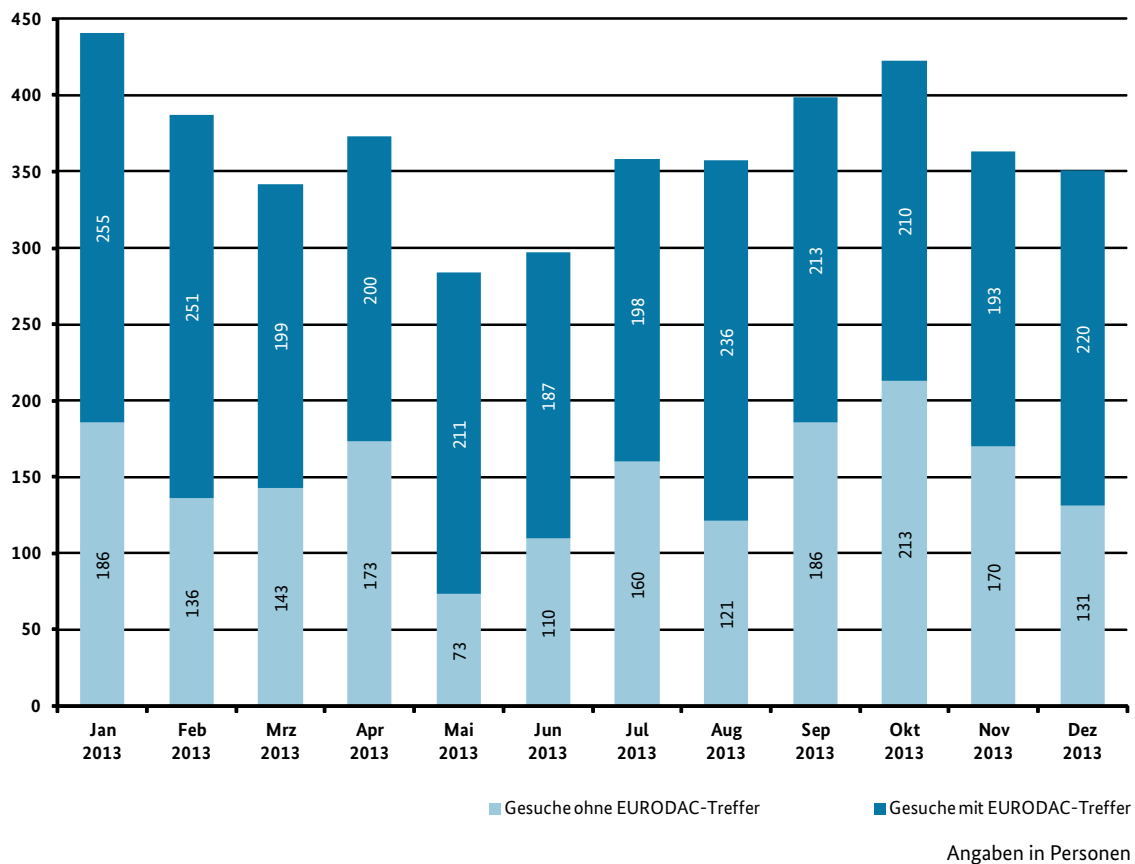


Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Die Anzahl deutscher Ersuchen an andere Mitgliedstaaten nahm 2013 gegenüber dem Vorjahr stark zu. Dabei stellte Deutschland mit 35.280 Ersuchen rund achtmal so viele Übernahmeersuchen an andere Mitgliedstaaten, wie es von diesen erhielt (4.382), siehe folgende Karte I - 3. Ein wesentlicher Grund für das anhaltend hohe Niveau war die große Anzahl von Übernahmeersuchen gegenüber Polen (13.902,

2012 Rang 2), gefolgt von Italien (5.827, 2012 Rang 1), Belgien (2.831, 2012 Rang 3), Ungarn (2.441, 2012 Rang 11) und Frankreich (1.741, 2012 Rang 6). Hauptherkunftsländer der zu überstellenden Personen waren dabei Russische Föderation (14.209), Somalia (1.902), Afghanistan (1.874), Georgien (1.772), Kosovo (1.515), Syrien (1.223), Pakistan (1.056) und Serbien (959).

Abbildung I - 13:
Übernahmeersuchen von den Mitgliedstaaten an Deutschland im Jahr 2013



Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

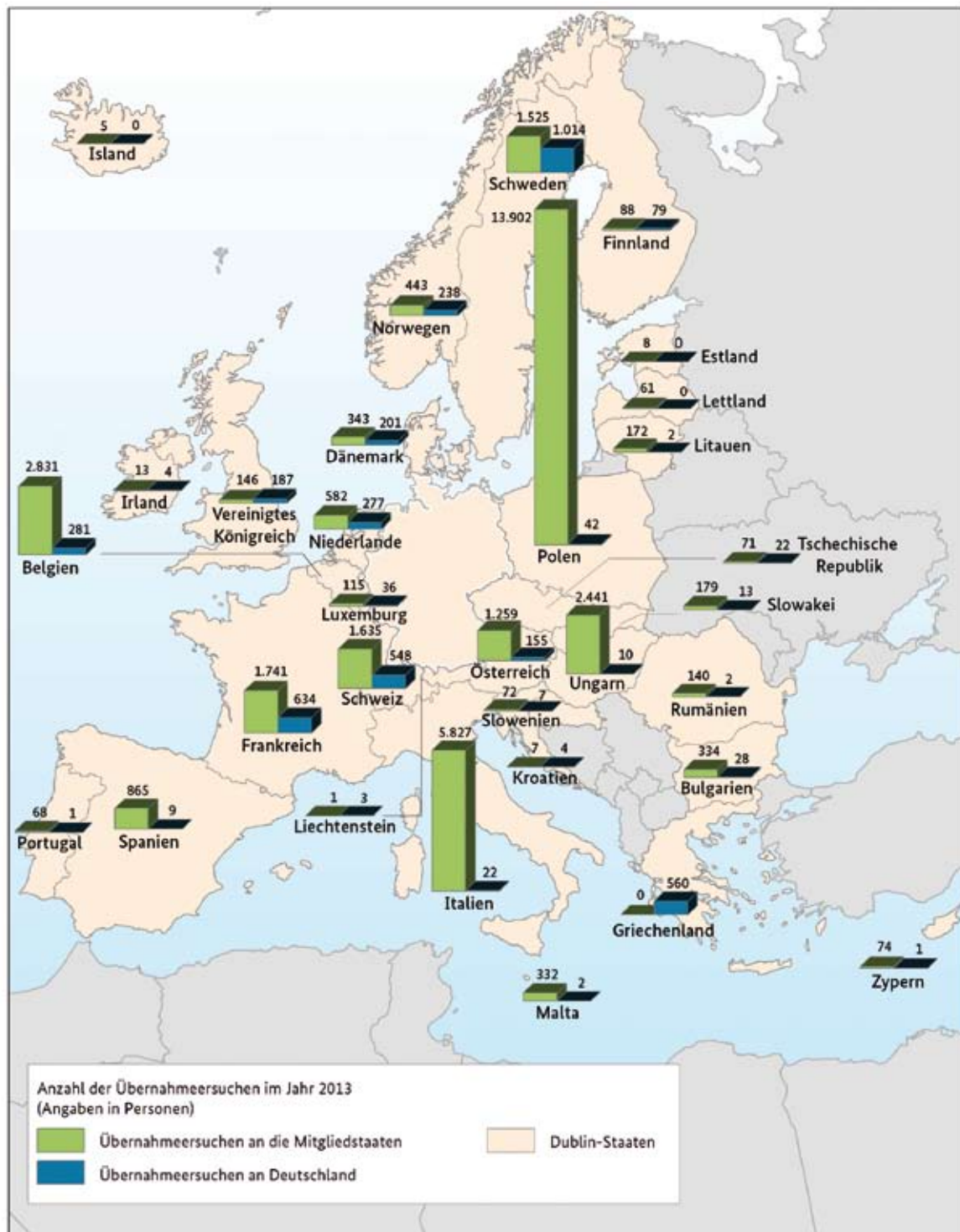
Die Zahl der Übernahmeersuchen der anderen Mitgliedstaaten an Deutschland ist von 3.632 im Jahr 2012 auf 4.382 im Jahr 2013 (+20,6 %) gestiegen.

Bei den fünf Mitgliedstaaten, von denen Deutschland die meisten Übernahmeersuchen erhielt, handelte es sich um: Schweden (1.014, 2012 Rang 1), gefolgt von Frankreich (634, 2012 Rang 3), Griechenland (560, 2012 Rang 4), Schweiz (548, 2012 Rang 2) und Belgien (281, 2012 Rang 5). Diese Mitgliedstaaten stellten in 2013 69,3 % aller Übernahmeersuchen an Deutschland.

Der EURODAC-Treffer-Anteil bei den Ersuchen Deutschlands ist mit 66,7 % um 6,1 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der EURODAC-Treffer-Anteil bei Ersuchen anderer Mitgliedstaaten an Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 % gestiegen und betrug 58,2 %.

Karte I - 3:

Übernahmeersuchen von und an Deutschland in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten im Jahr 2013



Quelle: MARIS, Stand 31.12.2013
© ESRI Data and Maps 2010, eigene Bearbeitung

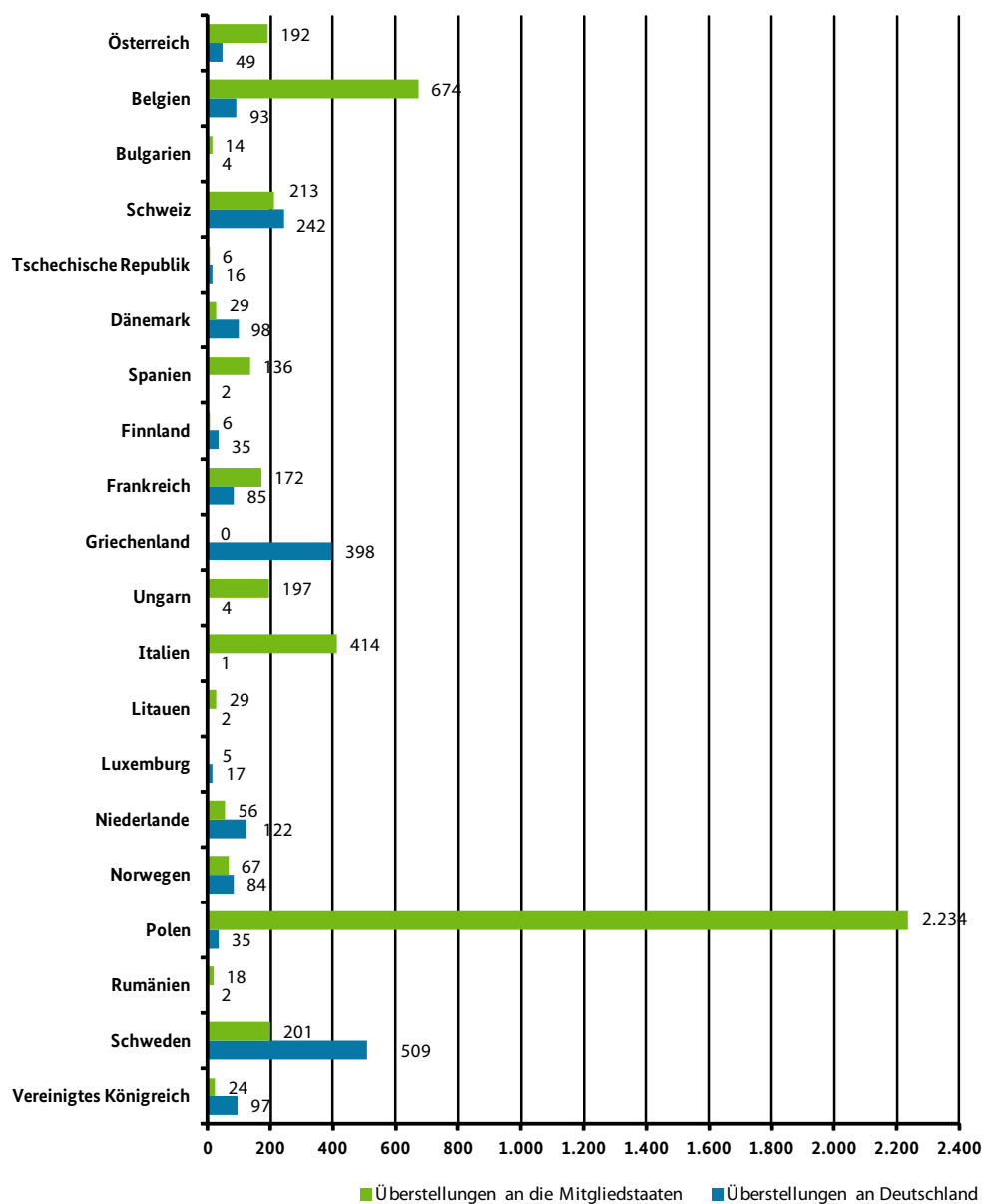
Überstellungen von und an Deutschland in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten 2013

Deutschland überstellte im Jahr 2013 insgesamt 4.741 Personen an andere Mitgliedstaaten, die meisten davon an Polen (2.234), Belgien (674), Italien (414), die Schweiz (213) und Schweden (201).

An Deutschland wurden 2013 insgesamt 1.904 Personen überstellt, die meisten aus Schweden (509), Griechenland (398), der Schweiz (242), den Niederlanden (122) und Dänemark (98). Die Überstellungen nach Deutschland und die Zahl der gegebenen Zustimmung Deutschlands an die Mitgliedstaaten (3.603) sind in 2013 im Vergleich zu 2012 angestiegen.

Abbildung I - 14:

Überstellungen von und an Deutschland in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten im Jahr 2013



☞ Mitgliedstaaten mit weniger als 14 überstellten Personen sind nicht dargestellt.

Entwicklung der Dublinverfahren von 2004 bis 2013

Die vom Bundesamt in Dublinverfahren gestellten Übernahmeersuchen (Asyl- und Aufgriffsfälle) machten bis zum Start des Wirkbetriebs EURODAC in Relation zu den Asylerstverfahren in Deutschland zwischen 0,3 % im Jahr 1997 und 6,6 % (2002) aus. Mit dem Wirkbetrieb EURODAC stiegen sie von zunächst 9,7 % im Jahr 2003 auf über 19 % in den Folgejahren. In den vergangenen Jahren gab es eine kontinuierliche Steigerung bis auf 33,0 % im Jahr 2009. Im Jahr 2010 war ein Rückgang auf 22,8 % zu verzeichnen. Dieser Trend setzte sich im Jahr 2011 und 2012 fort: Der Anteil der Übernahmeersuchen sank von 19,8 % in 2011 auf 17,8 % in 2012. In 2013 stieg er wieder auf 32,2 %. Der Anstieg des prozentualen Anteils an Übernahmeersuchen im Verhältnis zu gestellten Asylerstanträgen kann auf die Umorganisation des Dublin-Bereichs innerhalb des Bundesamtes sowie die hohe Zahl der Antragsteller aus Tschetschenien, die ganz überwiegend über Polen gekommen sind, zurückgeführt werden.

Bei den Übernahmeersuchen der Mitgliedstaaten an Deutschland schwankte die Anzahl von 2001 bis 2004 zwischen circa 7.000 und 8.500 Übernahmeersuchen pro Jahr. Zwischen den Jahren 2005 und 2011 nahm

die Zahl der gestellten Übernahmeersuchen kontinuierlich ab. Seit 2012 ist aufgrund der ansteigenden Antragszahlen wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2007 richtete Deutschland erstmals mehr Ersuchen an die Mitgliedstaaten als es von diesen erhielt und gelangte im Jahr 2013 mit 35.280 Ersuchen zu einem Verhältnis von 8:1 gegenüber den erhaltenen Übernahmeersuchen aus anderen Mitgliedstaaten (4.382).

Die Überstellungsquote der Mitgliedstaaten an Deutschland (Verhältnis Überstellungen zu gegebenen Zustimmung zur Übernahme) war bis 2004 stets niedriger als die Überstellungsquote Deutschlands an die Mitgliedstaaten. Sie hatte sich seit dem Jahr 2001 (Ausnahmen: 2002 und 2003 je etwa 47 %) aber kontinuierlich verbessert von 50,4 % auf 78,1 % im Jahr 2007. Seit 2008 ist die Überstellungsquote wieder rückläufig. Im Jahr 2013 betrug sie 52,8 %. Die Quote der Überstellungen Deutschlands in andere Mitgliedstaaten sank im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 36,8 % auf 21,6 % im Jahr 2013.

Tabelle I - 7:

Relation der Dublinverfahren zur Gesamtzahl der Asylverfahren in Deutschland von 2004 bis 2013

Jahr	Asylerstanträge in Deutschland	Von Deutschland gestellte Übernahmeersuchen	Prozentualer Anteil
2004	35.607	6.939	19,5%
2005	28.914	5.527	19,1%
2006	21.029	4.996	23,8%
2007	19.164	5.390	28,1%
2008	22.085	6.363	28,8%
2009	27.649	9.129	33,0%
2010	41.332	9.432	22,8%
2011	45.741	9.075	19,8%
2012	64.539	11.469	17,8%
2013	109.580	35.280	32,2%

Tabelle I - 8:
Übernahmeersuchen nach der Dublin-Verordnung und nach dem
Dubliner Übereinkommen von 2004 bis 2013

Jahr	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			
	gestellt	Ablehnungen	Zustimmungen	Überstellungen
2004	6.939	1.326	5.591	3.328
2005	5.527	1.561	4.358	2.583
2006	4.996	1.383	3.290	1.940
2007	5.390	1.517	3.367	1.913
2008	6.363	1.492	4.407	2.536
2009	9.129	1.585	6.321	3.027
2010	9.432	1.859	7.308	2.847
2011	9.075	2.391	6.526	2.902
2012	11.469	3.115	8.249	3.037
2013	35.280	4.203	21.942	4.741

Jahr	Übernahmeersuchen an Deutschland			
	gestellt	Ablehnungen	Zustimmungen	Überstellungen
2004	8.581	1.651	7.080	4.150
2005	6.255	1.626	4.632	3.127
2006	5.103	1.370	3.722	2.795
2007	3.739	856	2.889	2.255
2008	3.126	770	2.373	1.782
2009	3.168	762	2.362	1.517
2010	2.888	744	2.131	1.307
2011	2.995	783	2.169	1.303
2012	3.632	751	2.767	1.495
2013	4.382	708	3.603	1.904

4 Entscheidungen über Asylanträge



Rechtliche Voraussetzungen

Das mit dem hohen Anspruch der Verfassungsgarantie versehene bundesdeutsche Asylrecht ist das Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen mit politischer Verfolgung während des Nationalsozialismus. Die Verfasser des Grundgesetzes gewährten dem einzelnen Berechtigten einen höchstpersönlichen, absoluten Anspruch auf Schutz und damit das Grundrecht auf Asyl. Mit der Gewährung eines Individualanspruchs auf Asyl geht das Grundgesetz über das Völkerrecht hinaus, das einen solchen Anspruch nicht kennt, vielmehr in der Asylgewährung nur ein Recht des Staates gegenüber anderen Staaten sieht. Deutschland besitzt damit eine der umfassendsten Asylgesetzgebungen Europas. Auch aus diesem Grunde kommt ihm eine besondere Rolle bei der europäischen Harmonisierung des Asylrechts zu.

Die Richtlinie 2011/95/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes enthält Vorgaben zu den Voraussetzungen der Flüchtlingsanerkennung und der Gewährung von subsidiärem Schutz.

Die Neuauflage der sogenannten Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95/EU) wurde durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/EU vom 28.08.2013 zum 01.12.2013 umgesetzt. Im Vergleich zur bisher geltenden Richtlinie 2004/83/EG haben sich punktuell Änderungen ergeben.

Der Ablauf des Asylverfahrens ist im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) geregelt. Mit jedem Asylantrag wird die Anerkennung als Asylberechtigter sowie internationaler Schutz beantragt. Der internationale Schutz umfasst nunmehr den Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylVfG) und den subsidiären Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylVfG). Durch das Richtlinienumsetzungsgesetz vom 28.08.2013 wurde zum 01.12.2013 der Begriff des Asylantrags um den subsidiären Schutz erweitert. Der europarechtliche subsidiäre Schutz war bis dahin in § 60 Abs. 2, 3 und 7 Satz 2 AufenthG geregelt und wurde nach einer Asylantragstellung vom Bundesamt von Amts wegen geprüft.

Erläuterung:

Die Änderungen der Rechtsgrundlagen für Entscheidungen im Asylverfahren stellen sich wie folgt dar:

- Anerkennung als Asylberechtigter gem. Art. 16 a GG
- Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Abs. 1 AsylVfG (vor dem 01.12.2013 § 60 Abs. 1 AufenthG)
- Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylVfG (vor dem 01.12.2013 § 60 Abs. 2, 3 und 7 S. 2 AufenthG)
- Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG

HINWEIS

Zur besseren Vergleichbarkeit der Jahreswerte bei Zeitreihen wird darauf verzichtet, die Entscheidungszahlen für das Jahr 2013 entsprechend der Rechtsgrundlagenänderung zum 01.12.2013 auszuweisen. Auch werden in dieser Ausgabe der Broschüre, aufgrund der geringeren Geltungsdauer der neuen Rechtsgrundlagen vom 01.12.-31.12.2013 im Verhältnis zur Geltungsdauer der Rechtsgrundlagen a.F., bei entsprechenden Angaben oder Erläuterungen von statistischen Daten des Jahres 2013 die bis 30.11.2013 gültigen Rechtsnormen zu Grunde gelegt.

Rechtsgrundlagen für die Asylentscheidungen sind bzw. waren bis 30.11.2013:

Art. 16 a GG (Grundrecht auf Asyl) ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht. Es gilt allein für politisch Verfolgte, d.h. für Personen, denen im Herkunftsland eine an asylherhebliche Merkmale anknüpfende staatliche – ggf. auch quasi-staatliche – Verfolgung mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht. Asylherhebliche Merkmale sind nach dem Wortlaut der Genfer Flüchtlingskonvention (GK) die Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und politische Überzeugung. Allgemeine Notsituationen – wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Arbeitslosigkeit – sind damit als Gründe für eine Asylgewährung ausgeschlossen. In diesen Fällen wird geprüft, ob möglicherweise subsidiärer Schutz zu gewähren ist. Der Ehegatte und die minderjährigen Kinder eines Asylberechtigten werden im Wege des Familienasyls als Asylberechtigte anerkannt, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen (§ 26 AsylVfG).

Nach § 60 Abs. 1 AufenthG darf ein Ausländer in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist. Ausgehen kann diese Verfolgung vom Staat, von Parteien oder Organisationen, die den Staat oder wesentliche Teile des Staatsgebiets beherrschen (staatsähnliche Akteure),

oder von nichtstaatlichen Akteuren, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure, einschließlich internationaler Organisationen, erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht willens sind, Schutz vor Verfolgung zu bieten. Eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe kann auch dann vorliegen, wenn die Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit allein an das Geschlecht anknüpft. Ist ein Ausländer in seinem Herkunftsland den genannten Bedrohungen ausgesetzt, ist er Flüchtling im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Die Feststellung dieser Voraussetzungen wird daher als Flüchtlingsanerkennung bezeichnet. Erfolgt eine Flüchtlingsanerkennung, kann bei Ehegatten und minderjährigen Kindern – entsprechend den Regelungen zum Familienasyl – auf Antrag ebenfalls eine Flüchtlingsanerkennung erfolgen, ohne dass geprüft werden muss, ob dem Familienangehörigen selbst Verfolgung droht (Familienflüchtlingsschutz).

Nach § 60 Abs. 8 AufenthG wird der Flüchtlingsschutz nicht gewährt, wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden ist.

Ein Ausländer ist gem. § 3 Abs. 2 AsylVfG kein Flüchtling, wenn aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass er ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der internationalen Vertragswerke, die ausgearbeitet worden sind, um Bestimmungen bezüglich dieser Verbrechen zu treffen, begangen hat, oder dass er vor seiner Aufnahme als Flüchtling ein schweres, nicht politisches Verbrechen außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland begangen hat oder sich Handlungen zu Schulden hat kommen lassen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen. Liegen die genannten Ausschlussgründe vor, kann keine Flüchtlingsanerkennung erfolgen.

Europarechtliche (§ 60 Abs. 2, 3 und 7 Satz 2 AufenthG) und nationale (§ 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG) Abschiebungsverbote gewähren Schutz vor schwerwiegenden Gefahren für Freiheit, Leib oder Leben,

die nicht vom asylrechtlichen Schutzbereich oder dem Schutzbereich des § 60 Abs. 1 AufenthG umfasst werden, wobei aber auch solche Gefahren nicht ausgeschlossen sind, die aus einer drohenden politischen Verfolgung herrühren. Dabei sind ausschließlich solche Gefahren relevant, die dem Antragsteller im Ziel-land der Abschiebung drohen (sog. zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Schutz wird insbesondere bei drohender Folter, Todesstrafe, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung und anderen erheblichen, konkreten Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit gewährt.

Bei Vorliegen eines europarechtlichen Abschiebungsverbotes (§ 60 Abs. 2, 3 und 7 Satz 2 AufenthG) war nach der Rechtsprechung des BVerwG gemäß § 25 Abs. 3 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Wird ein nationales Abschiebungsverbot (§ 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG) festgestellt, soll eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Neben Sachentscheidungen, die auf den vorgenannten Rechtsgrundlagen getroffen werden bzw. wurden, trifft das Bundesamt auch formelle Entscheidungen.

Formelle Entscheidungen sind hauptsächlich:

- Entscheidungen nach dem Dublinverfahren (siehe Seite 23ff), weil ein anderer Mitgliedstaat zuständig ist;
- Verfahrenseinstellungen wegen Antragsrücknahme durch den Asylbewerber;
- Entscheidungen im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird.

Entscheidungen und Entscheidungsquoten seit 2005

Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über die Entscheidungen und Entscheidungsquoten seit 2005. Sie weist nur die Entscheidungen des Bundesamtes aus; unberücksichtigt sind Entscheidungen auf Grund verwaltungsgerichtlicher Urteile.

Das Bundesamt hat seit 2005 über Asylanträge von ca. 390.000 Personen entschieden, wovon rd. 88.000 Personen Schutz nach Art. 16 a GG, § 60 Abs. 1 AufenthG oder § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG gewährt wurde. Im Betrachtungszeitraum ist bis zum Jahr 2008 zunächst ein Rückgang der Entscheidungszahlen – in Abhängigkeit zur Rückläufigkeit der Zugangszahlen – zu verzeichnen. Seither zeigt sich wieder ein Anstieg der Entscheidungszahlen. Nach einer Gesamtentscheidungszahl von rd. 62.000 Personen im Jahr 2012 wurden im Jahr 2013 rd. 81.000 Asylverfahren entschieden.

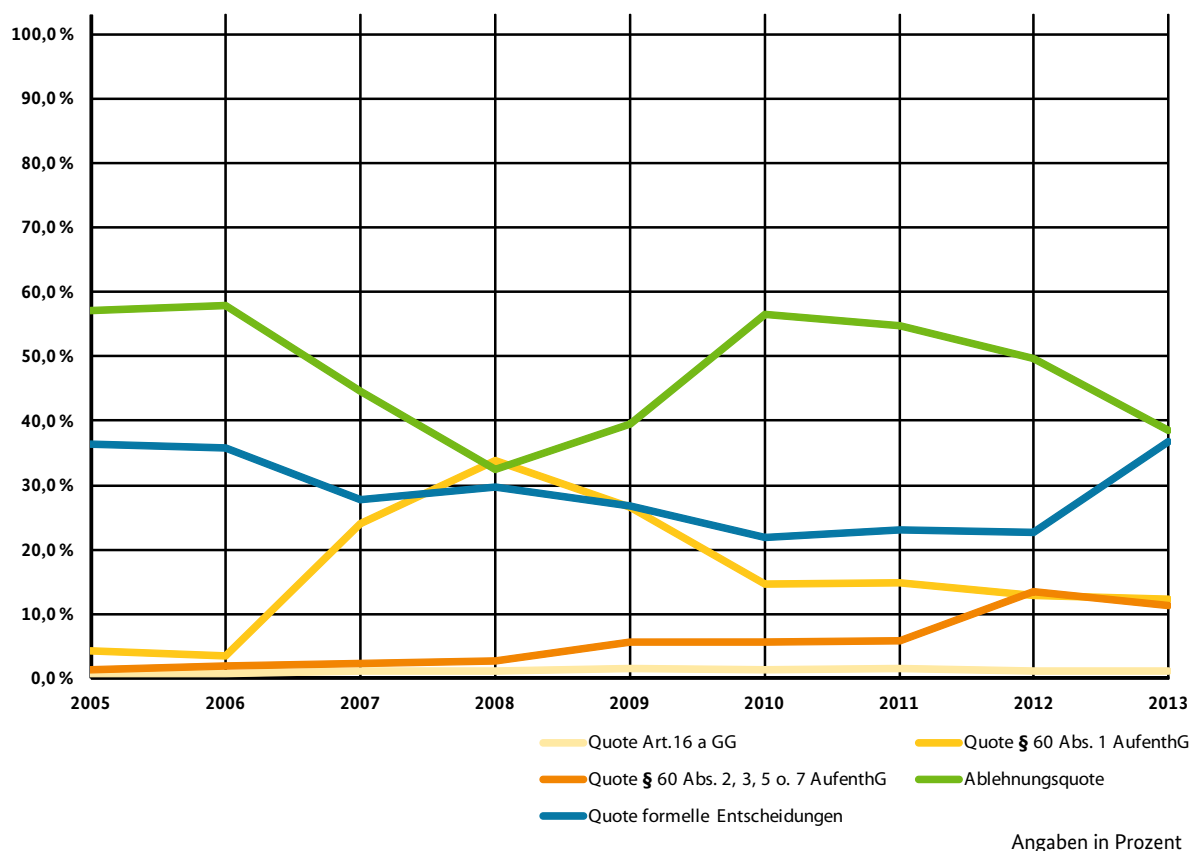
HINWEIS

Rechtsgrundlage für Entscheidungen zu Flüchtlingsschutz, subsidiärem Schutz und Abschiebungsverböten, die bis zum 30.11.2013 getroffen wurden, war § 60 Abs. 1, § 60 Abs. 2, 3 oder 7 S. 2 bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 S. 1 AufenthG. Entsprechende Entscheidungen, die ab dem 01.12.2013 getroffen werden, gründen auf § 3 Abs. 1 AsylVfG, § 4 Abs. 1 AsylVfG bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG.

Tabelle I - 9:
Entscheidungen und Entscheidungsquoten seit 2005 in Jahreszeiträumen (Erst- und Folgeanträge)

Jahr	insgesamt	Entscheidungen									
		Sachentscheidungen								Formelle Entscheidungen	
		davon Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16 a GG und Familienasyl)		davon Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 60 Abs. 1 AufenthG		davon Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 2, 3, 5 o. 7 AufenthG		davon Ablehnungen			
2005	48.102	411	0,9 %	2.053	4,3 %	657	1,4 %	27.452	57,1 %	17.529	36,4 %
2006	30.759	251	0,8 %	1.097	3,6 %	603	2,0 %	17.781	57,8 %	11.027	35,8 %
2007	28.572	304	1,1 %	6.893	24,1 %	673	2,4 %	12.749	44,6 %	7.953	27,8 %
2008	20.817	233	1,1 %	7.058	33,9 %	562	2,7 %	6.761	32,5 %	6.203	29,8 %
2009	28.816	452	1,6 %	7.663	26,6 %	1.611	5,6 %	11.360	39,4 %	7.730	26,8 %
2010	48.187	643	1,3 %	7.061	14,7 %	2.691	5,6 %	27.255	56,6 %	10.537	21,9 %
2011	43.362	652	1,5 %	6.446	14,9 %	2.577	5,9 %	23.717	54,7 %	9.970	23,0 %
2012	61.826	740	1,2 %	8.024	13,0 %	8.376	13,5 %	30.700	49,7 %	13.986	22,6 %
2013	80.978	919	1,1 %	9.996	12,3 %	9.213	11,4 %	31.145	38,5 %	29.705	36,7 %

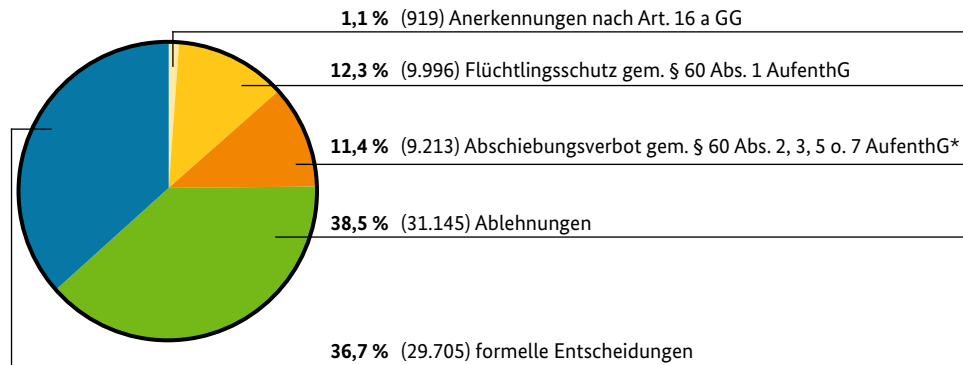
Abbildung I - 15:
Quoten der einzelnen Entscheidungsarten von 2005 bis 2013



Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Abbildung I - 16:
Quoten der einzelnen Entscheidungsarten im Jahr 2013

Gesamtzahl der Entscheidungen: 80.978



* davon:

- europarechtliche Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 2, 3 und 7 Satz 2 AufenthG): 7.005 Entscheidungen
- nationale Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG): 2.208 Entscheidungen

Entwicklung der Schutzquote

Wie auf den vorhergehenden Seiten beschrieben, gibt bzw. gab es unterschiedliche Formen des Abschlusses eines Asylverfahrens:

- Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16 a GG und Familienasyl),
- Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 60 Abs. 1 AufenthG,
- Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG,
- Ablehnung und
- formelle Entscheidung.

Die Gesamtschutzquote berechnet sich aus der Anzahl der Asylanerkennungen, der Gewährungen von Flüchtlingsschutz und der Feststellungen eines Abschiebungsverbotes bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen im betreffenden Zeitraum.

Die Gesamtschutzquote betrug dabei in den Jahren:

Jahr	Gesamt-schutzquote
2005	6,5%
2006	6,3%
2007	27,5%
2008	37,7%
2009	33,8%
2010	21,6%
2011	22,3%
2012	27,7%
2013	24,9%

➤ Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Die Entwicklung der Schutzquote wird allgemein von verschiedenen Faktoren beeinflusst:

- Sie ist zu einem wesentlichen Teil abhängig von den Fällen, die vom Bundesamt im Betrachtungszeitraum entschieden werden konnten. So wirkt sich eine im Betrachtungszeitraum bestehende bzw. ergangene Aussetzung von Entscheidungen oftmals unmittelbar auf die Entwicklung der Schutzquote aus. Beispielsweise wurden im April 2011 Entscheidungen zum Herkunftsland Syrien wegen der unklaren Lage rückpriorisiert. Ab Juli 2011 wurden positive Entscheidungen getroffen, soweit trotz der eingeschränkten Erkenntnislage ein Schutzbedarf festgestellt werden konnte. Ab März 2012 hat das Bundesamt auf Grund der Entwicklung der Lage in Syrien grundsätzlich allen syrischen Staatsangehörigen subsidiären Schutz gewährt. Bei einer bestehenden bzw. ergangenen Aussetzung von Entscheidungen handelt es sich um kein Steuerungsinstrument des Bundesamtes, sondern um eine Reaktion auf die Situation in den betreffenden Herkunftsländern.
- Darüber hinaus nehmen auch gesellschaftspolitische Änderungen im Herkunftsland der Antragsteller Einfluss auf die Schutzquote, so z.B. die sich langsam bessernde medizinische Versorgung oder der Zusammenbruch einer staatlichen Herrschaft.
- Die Auswertung neuer Erkenntnisse von anderen Institutionen (Auswärtiges Amt, UNHCR, usw.) kann ebenfalls zur Änderung der Spruchpraxis und damit der Schutzquote führen.

☞ Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Entscheidungsquoten nach Herkunftsländern im Jahr 2013

In der nachstehenden, nach Erstanträgen sortierten Übersicht sind die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer des Jahres 2013 aufgelistet.

Bei den Entscheidungen ist zusätzlich angegeben, welchen Anteil die Entscheidung sowohl im Verhältnis zu allen Entscheidungen zu diesem Herkunftsländ (länderspezifische Entscheidungsquote) als auch im Verhältnis zu allen Entscheidungen der jeweiligen Entscheidungsart hat.

Tabelle I - 10:

Entscheidungsquoten nach Herkunftsländern im Jahr 2013 (Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge)

Haupt-herkunfts-länder		Entscheidungen über Asylanträge														
		davon Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16 a GG und Familienasyl)			davon Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 60 Abs. 1 AufenthG			davon Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 Abs. 2, 3, 5 o. 7 AufenthG			davon Ablehnungen (unbegründet / offensichtlich unbegründet)			davon formelle Entscheidungen		
		prozentualer Anteil in Relation		zum HKL* Gesamtzahl**	prozentualer Anteil in Relation		zum HKL* Gesamtzahl**	prozentualer Anteil in Relation		zum HKL* Gesamtzahl**	prozentualer Anteil in Relation		zum HKL* Gesamtzahl**	prozentualer Anteil in Relation		zum HKL* Gesamtzahl**
	insgesamt															
1 Russische Föderation	12.301	23	0,2%	2,5%	132	1,1%	1,3%	116	0,9%	1,3%	1.319	10,7%	4,2%	10.711	87,1%	36,1%
2 Syrien, Arab. Republik	9.235	340	3,7%	37,0%	2.567	27,8%	25,7%	5.795	62,8%	62,9%	23	0,2%	0,1%	510	5,5%	1,7%
3 Serbien	12.229	1	0,0%	0,1%	0	0,0%	0,0%	24	0,2%	0,3%	7.255	59,3%	23,3%	4.949	40,5%	16,7%
4 Afghanistan	6.126	56	0,9%	6,1%	1.233	20,1%	12,3%	1.648	26,9%	17,9%	2.255	36,8%	7,2%	934	15,2%	3,1%
5 Mazedonien	6.400	2	0,0%	0,2%	4	0,1%	0,0%	11	0,2%	0,1%	3.881	60,6%	12,5%	2.502	39,1%	8,4%
6 Iran, Islam. Republik	3.501	263	7,5%	28,6%	1.585	45,3%	15,9%	96	2,7%	1,0%	1.012	28,9%	3,2%	545	15,6%	1,8%
7 Pakistan	2.383	29	1,2%	3,2%	755	31,7%	7,6%	25	1,0%	0,3%	1.153	48,4%	3,7%	421	17,7%	1,4%
8 Irak	4.218	8	0,2%	0,9%	2.108	50,0%	21,1%	159	3,8%	1,7%	1.459	34,6%	4,7%	484	11,5%	1,6%
9 Somalia	1.459	2	0,1%	0,2%	450	30,8%	4,5%	268	18,4%	2,9%	274	18,8%	0,9%	465	31,9%	1,6%
10 Eritrea	591	34	5,8%	3,7%	339	57,4%	3,4%	54	9,1%	0,6%	20	3,4%	0,1%	144	24,4%	0,5%
Summe 1 bis 10	58.443	758	1,3%	82,5%	9.173	15,7%	91,8%	8.196	14,0%	89,0%	18.651	31,9%	59,9%	21.665	37,1%	72,9%
sonstige	22.535	161	0,7%	17,5%	823	3,7%	8,2%	1.017	4,5%	11,0%	12.494	55,4%	40,1%	8.040	35,7%	27,1%
Insgesamt	80.978	919	1,1%	100,0%	9.996	12,3%	100,0%	9.213	11,4%	100,0%	31.145	38,5%	100,0%	29.705	36,7%	100,0%

* Dieser Anteil bezieht sich auf die Gesamtentscheidungsanzahl zum jeweiligen Herkunftsländ.

** Dieser Anteil bezieht sich auf die Gesamtentscheidungsanzahl der jeweiligen Entscheidungsart.

Entscheidungsquoten ausgewählter Herkunftsländer

Abbildung I - 17:

Entscheidungen über Asylanträge von Asylbewerbern aus der Russischen Föderation im Jahr 2013

Gesamtzahl der Entscheidungen: 12.301

Schutzquote: 2,2 %

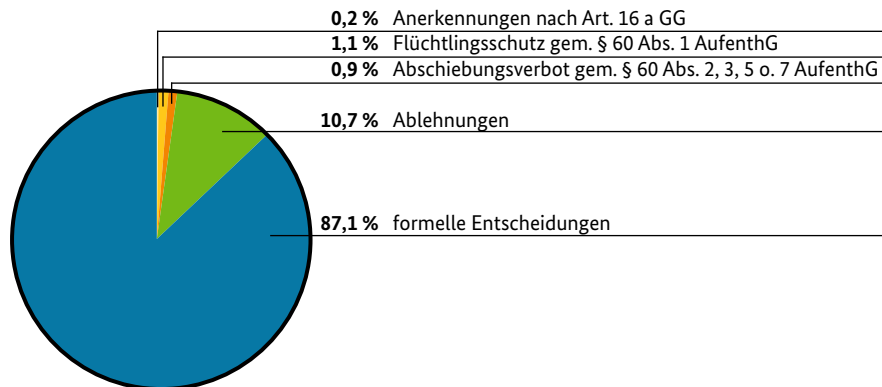


Abbildung I - 18:

Entscheidungen über Asylanträge syrischer Asylbewerber im Jahr 2013

Gesamtzahl der Entscheidungen: 9.235

Schutzquote: 94,3 %

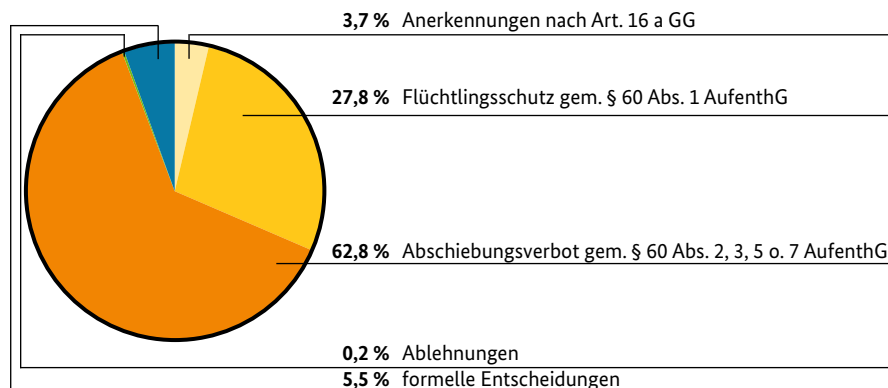
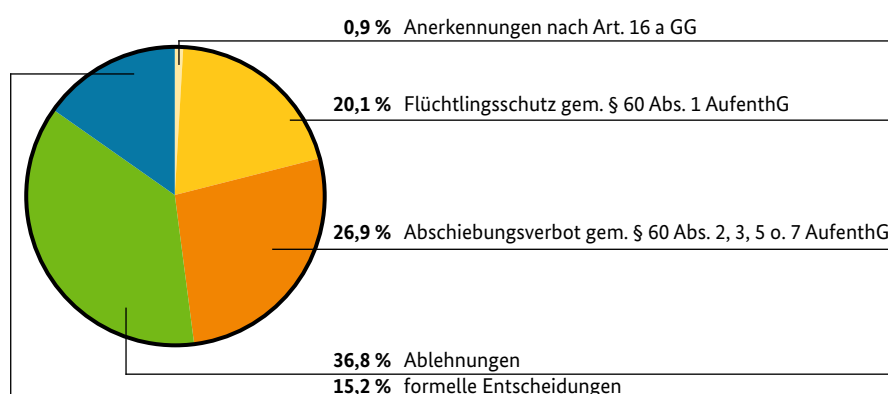


Abbildung I - 19:

Entscheidungen über Asylanträge afghanischer Asylbewerber im Jahr 2013

Gesamtzahl der Entscheidungen: 6.126

Schutzquote: 47,9 %



Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Nichtstaatliche Verfolgung

§ 60 Abs. 1 AufenthG regelte, dass politische Verfolgung nicht nur vom Staat, von Parteien oder Organisationen, die den Staat oder wesentliche Teile des Staatsgebietes beherrschen, sondern auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen kann.

Voraussetzung einer Flüchtlingsanerkennung in Deutschland ist, dass der Staat, Parteien oder Organisationen, die den Staat oder wesentliche Teile des Staatsgebietes beherrschen, einschließlich internationaler Organisationen erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht willens sind, im Herkunftsland Schutz vor Verfolgung zu bieten.


Dies gilt unabhängig davon, ob in dem Land eine staatliche Herrschaftsmacht vorhanden ist oder nicht. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen muss das Bestehen einer internen Schutzalternative geprüft werden, d.h. es ist zu prüfen, ob für den Betroffenen die Möglichkeit besteht, in einem anderen Teil seines Heimatstaates Schutz vor Verfolgung zu finden. Sofern eine solche besteht, erfolgt keine Anerkennung als Flüchtling.

Im Jahr 2013 wurde 2.945 Personen ein Flüchtlingsschutz aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung gewährt. Dies entspricht 42,5% aller Entscheidungen, bei denen die materiellen Voraussetzungen einer Flüchtlingsanerkennung (ohne Familienflüchtlingsschutz) festgestellt wurden.

Tabelle I - 11:

Gewährung von Flüchtlingsschutz aufgrund nichtstaatlicher/staatlicher Verfolgung im Jahr 2013

Herkunftsland	Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 60 I AufenthG (ohne Familienflüchtlingsschutz)		
	insgesamt	davon aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung	davon aufgrund staatlicher Verfolgung
Syrien, Arab. Republik	2.014	284	1.730
Iran, Islam. Republik	1.351	37	1.314
Irak	911	872	39
Afghanistan	903	779	124
Pakistan	680	604	76
Eritrea	262	5	257
Somalia	177	174	3
Sri Lanka	81	3	78
Russische Föderation	60	14	46
Staatenlos	56	2	54
Summe 1 bis 10	6.495	2.774	3.721
sonstige	436	171	265
Insgesamt	6.931	2.945	3.986

 Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Geschlechtsspezifische Verfolgung

§ 60 Abs. 1 AufenthG beinhaltet ausdrücklich, dass eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe auch dann vorliegen kann, wenn die Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit allein an das Geschlecht anknüpft. Erweiterte Schutzmöglichkeiten ergaben sich aus der Tatsache, dass viele Formen geschlechtsspezifischer Verfolgung nichtstaatlichen Akteuren zuzurechnen sind.

Die Annahme einer allein an das Geschlecht anknüpfenden politischen Verfolgung setzt dabei voraus, dass Mädchen und Frauen oder Knaben und Männer im betreffenden Staat eine „bestimmte soziale Gruppe“

bilden, die nach den Vorgaben des Art. 10 Abs. 1 d der Qualifikationsrichtlinie 2004/83/EG zu definieren war.


Es ist vom Bundesamt im Einzelfall zu prüfen, ob z.B. bei geltend gemachter Gefahr von Genitalverstümmelung, Ehrenmorden, Zwangsverheiratung, häuslicher Gewalt oder Mitgiftmorden eine Flüchtlingsanerkennung zu gewähren ist.

Im Jahr 2013 wurde 470 Personen ein Flüchtlingschutz aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung gewährt. Dies entspricht 6,8 % der Entscheidungen, bei denen die materiellen Voraussetzungen einer Flüchtlingsanerkennung (ohne Familienflüchtlingsschutz) festgestellt wurden.

Tabelle I - 12:

Gewährung von Flüchtlingsschutz aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung im Jahr 2013

Herkunftsland	Gewährung von Flüchtlingsschutz aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung gem. § 60 I AufenthG (ohne Familienflüchtlingsschutz)		
	insgesamt	davon aufgrund nichtstaatlicher Verfolgung	davon aufgrund staatlicher Verfolgung
Afghanistan	150	141	9
Somalia	49	48	1
Iran, Islam. Republik	46	12	34
Syrien, Arab. Republik	41	20	21
Guinea	34	33	1
Nigeria	24	24	0
Irak	21	20	1
Pakistan	16	10	6
Eritrea	11	3	8
Russische Föderation	11	7	4
Summe 1 bis 10	403	318	85
sonstige	67	41	26
Insgesamt	470	359	111

 Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

5 Flughafenverfahren

Das sog. Flughafenverfahren gilt für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für ausweislose Asylbewerber, die über einen Flughafen einreisen wollen und bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen. Hier wird das Asylverfahren vor der Einreise im Transitbereich des Flughafens durchgeführt, soweit der Ausländer dort untergebracht werden kann. Das Asylverfahren muss allerdings binnen einer Frist von zwei Tagen abgeschlossen sein, das gerichtliche Eilverfahren binnen 14 Tagen. Ist dies nicht der Fall, ist dem Ausländer die Einreise nach Deutschland zur weiteren Durchführung seines Asylverfahrens zu gestatten (§ 18 a Abs. 6 Ziff. 1 AsylVfG).

Die Asylsuchenden nutzen bei der Einreise auf dem Luftweg nahezu ausschließlich den Flughafen Frankfurt. Aus diesem Grund hat das Bundesamt am Flughafen Frankfurt eine Außenstelle und an den Flughäfen Düsseldorf, Hamburg, Berlin und München bei Bedarf genutzte Nebenstellen eingerichtet.

HINWEIS

Sichere Herkunftsstaaten sind Staaten, bei denen auf Grund der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet ist, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Sichere Herkunftsstaaten sind neben den EU-Mitgliedstaaten derzeit Ghana und Senegal (Anlage II zu § 29 a AsylVfG).

Tabelle I - 13:
Flughafenverfahren gemäß § 18 a AsylVfG

Jahr	Akten- anlagen	Einreise gestattet gem. § 18 a Abs. 6 Ziffer 1 AsylVfG	Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung				Rechtsmittel bei Verwaltungsgericht*		
			insgesamt	davon anerkannt	davon offensichtlich unbegründet abgelehnt	davon eingestellt	eingelegt	stattge- geben **	abge- lehnt **
2005	427	182	236	0	235	1	181	19	148
2006	601	313	275	0	275	0	207	6	195
2007	608	426	183	0	183	0	134	6	127
2008	649	454	174	0	174	0	141	13	130
2009	432	325	54	0	53	1	48	0	46
2010	735	565	57	0	55	2	36	0	35
2011	819	774	60	0	60	0	50	1	49
2012	787	720	60	0	59	1	48	3	42
2013	972	899	48	0	48	0	43	1	39

* Hier liegen nur Angaben für Flughafen Frankfurt vor.

** Umfasst ggf. auch Entscheidungen über im Vorjahr eingelegte Rechtsmittel.

☞ Die Werte zurückliegender Zeiträume können auf Grund nachträglicher Korrekturen Änderungen unterliegen.

☞ Die Spalte „Rechtsmittel bei Verwaltungsgericht“ umfasst ausschließlich Eilanträge, die darauf gerichtet sind, dem Antragsteller die Einreise zu gestatten; eine Entscheidung in der Hauptsache wird damit nicht getroffen.

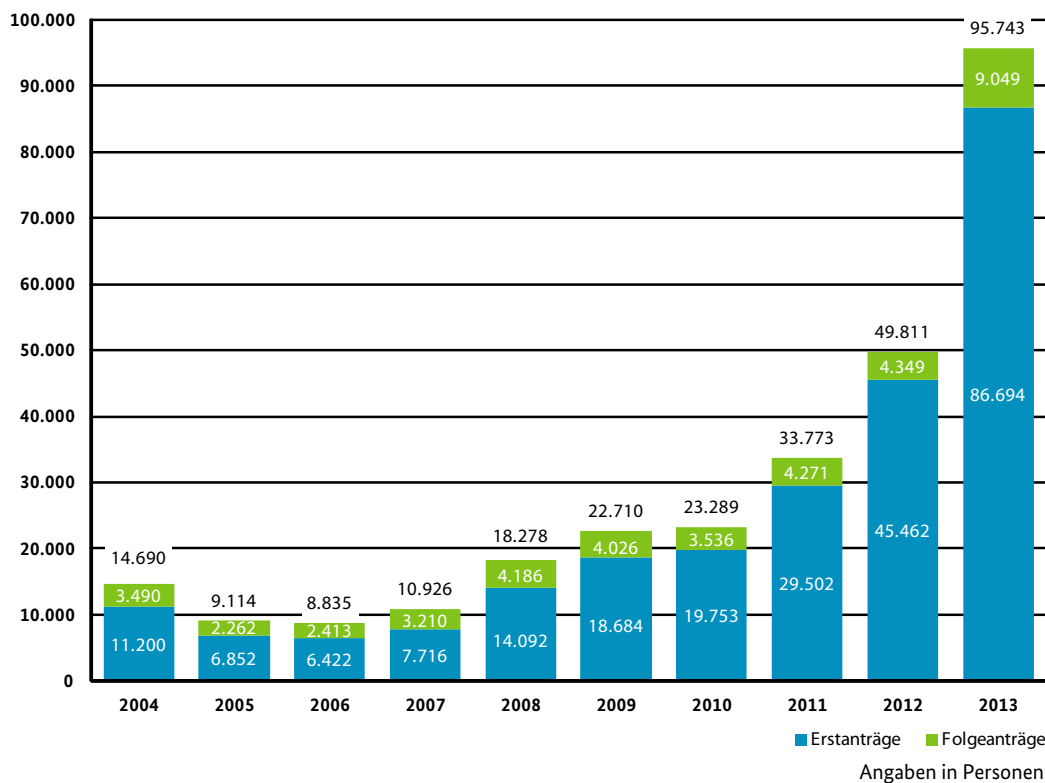
6 Anhängige Verfahren beim Bundesamt

Abhängig von den Zugangs- und den Entscheidungszahlen ist die Zahl der jeweils beim Bundesamt noch anhängigen Asylverfahren. Die Anhängigkeit eines Asylverfahrens endet mit der Zustellung der Entscheidung an den Asylbewerber.

Nachfolgende Abbildung zeigt diese Entwicklung jeweils zum Jahresende seit 2004. Nach einem Rückgang bis 2006 ist die Zahl der anhängigen Verfahren seit 2007 wieder steigend.

Am Jahresende 2013 waren insgesamt 95.743 Verfahren (86.694 Erst- und 9.049 Folgeverfahren) beim Bundesamt anhängig.

Abbildung I - 20:
Entwicklung der anhängigen Asylverfahren seit 2004



7 Widerruf und Rücknahme

Widerruf

Das Asylverfahrensgesetz (§ 73 Abs. 1 und 3) verpflichtet das Bundesamt, in einem Verwaltungsverfahren eine Anerkennung nach Art. 16 a GG, die Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG und die Feststellung über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG zu widerrufen, wenn die Gründe, die zu diesen Entscheidungen geführt haben, nicht mehr vorliegen und keine neuen Verfolgungsgründe entstanden sind, die einer Rückkehr in das Herkunftsland zwingend entgegenstehen.

Familienasyl und -flüchtlingsschutz sind zu widerrufen, wenn der entsprechende Schutzstatus des Familienangehörigen („Stammberechtigter“), von dem sich die Entscheidung ableitet, nicht fortbesteht und der Ausländer aus „eigenen“ Gründen nicht als Asylberechtigter anerkannt werden kann (§ 73 Abs. 2 b AsylVfG).

Rücknahme

Eine Anerkennung als Asylberechtigter bzw. die Gewährung von Flüchtlingsschutz muss durch das Bundesamt zurückgenommen werden (§ 73 Abs. 2 AsylVfG), wenn sie durch ein rechtswidriges Verhalten des Ausländers erlangt wurde, weil er unrichtige Angaben gemacht bzw. wesentliche Tatsachen verschwiegen hat und eine Anerkennung aus anderen Gründen nicht möglich ist. Ebenso ist die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG nach § 73 Abs. 3 AsylVfG zurückzunehmen, wenn sie fehlerhaft ist.

HINWEIS

Asylberechtigte und Ausländer, denen unanfechtbar die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, erhalten nach § 25 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis, die längstens drei Jahre gilt. Nach drei Jahren ist gem. § 26 Abs. 3 AufenthG eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn das Bundesamt mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für Widerruf oder Rücknahme nicht vorliegen.

Dem entspricht die Regelung des § 73 Abs. 2 a AsylVfG, wonach das Bundesamt spätestens drei Jahre nach der Unanfechtbarkeit der genannten Entscheidungen zu prüfen hat, ob die Voraussetzungen für einen Widerruf vorliegen. Auch wenn kein Widerruf oder Rücknahme erfolgt und die Niederlassungserlaubnis erteilt wird, bleiben Widerruf und Rücknahme nach § 73 Abs. 2 a Satz 4 AsylVfG jederzeit möglich, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Eine Entscheidung darüber liegt dann allerdings im Ermessen des Bundesamtes.


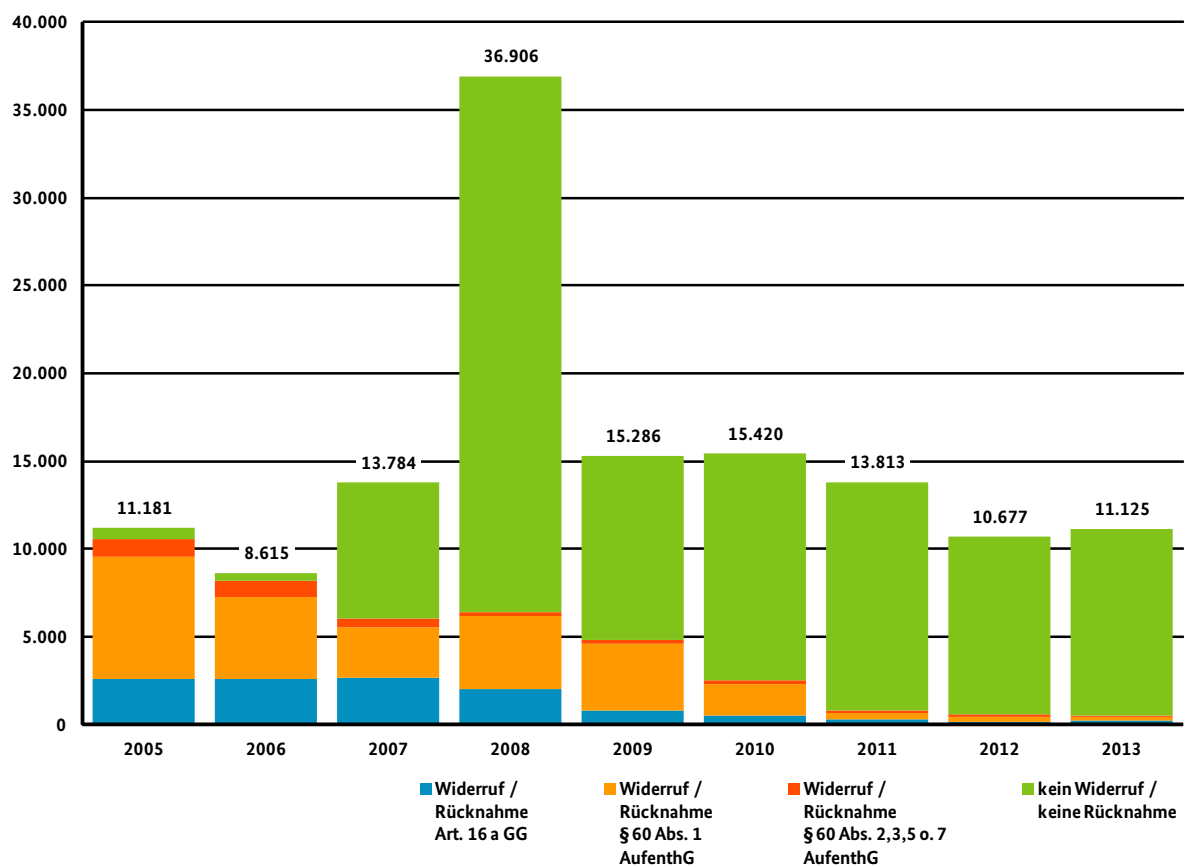
 Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Abbildung I - 21:
Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren von 2005 bis 2013



Angaben in Personen

Tabelle I - 14:
Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren nach Herkunftsländern im Jahr 2013

Herkunftsland	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren				
	insgesamt	Widerruf / Rücknahme Art. 16 a GG	Widerruf / Rücknahme § 60 Abs. 1 AufenthG	Widerruf / Rücknahme § 60 Abs. 2,3,5 o. 7 AufenthG	kein Widerruf / keine Rücknahme
1 Irak	4.338	13	90	12	4.223
2 Iran, Islam. Republik	1.377	6	9	1	1.361
3 Türkei	909	148	20	7	734
4 Afghanistan	873	1	2	11	859
5 Syrien, Arab. Republik	420	5	9	2	404
Summe 1 bis 5	7.917	173	130	33	7.581
sonstige	3.208	85	54	51	3.018
Herkunftsländer gesamt	11.125	258	184	84	10.599

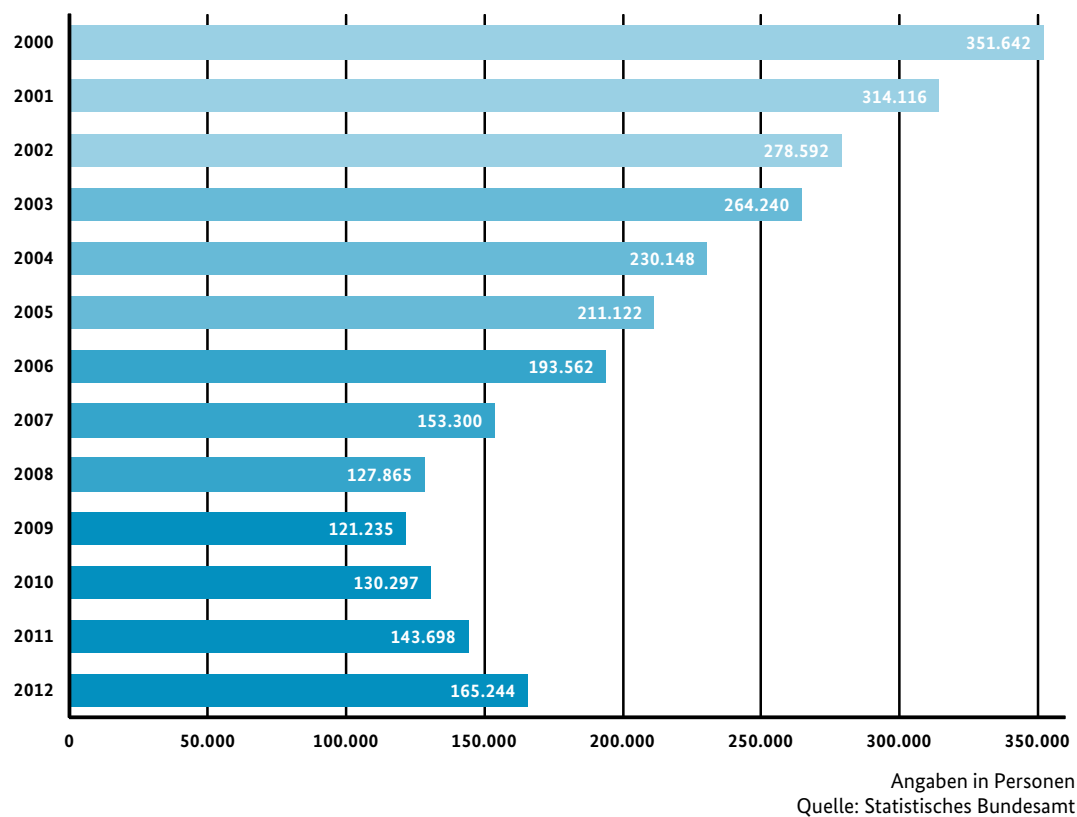
 Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

8 Asylbewerberleistungsgesetz

Empfänger von Regelleistungen von 2000 bis 2012

Mit der Schaffung des am 01.11.1993 in Kraft getretenen Asylbewerberleistungsgesetzes wurden die Leistungen nicht nur für Asylbewerber, sondern für alle Ausländer (z.B. auch Ehegatten und minderjährige Kinder) mit einem nicht verfestigten Aufenthalt aus dem damaligen Bundessozialhilfegesetz herausgelöst. Das Gesetz sieht vor, dass die sozialen Leistungen vorrangig als Sachleistungen zu gewähren sind. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die sozialen Leistungen ausschließlich zur Bedarfsdeckung in Deutschland dienen.

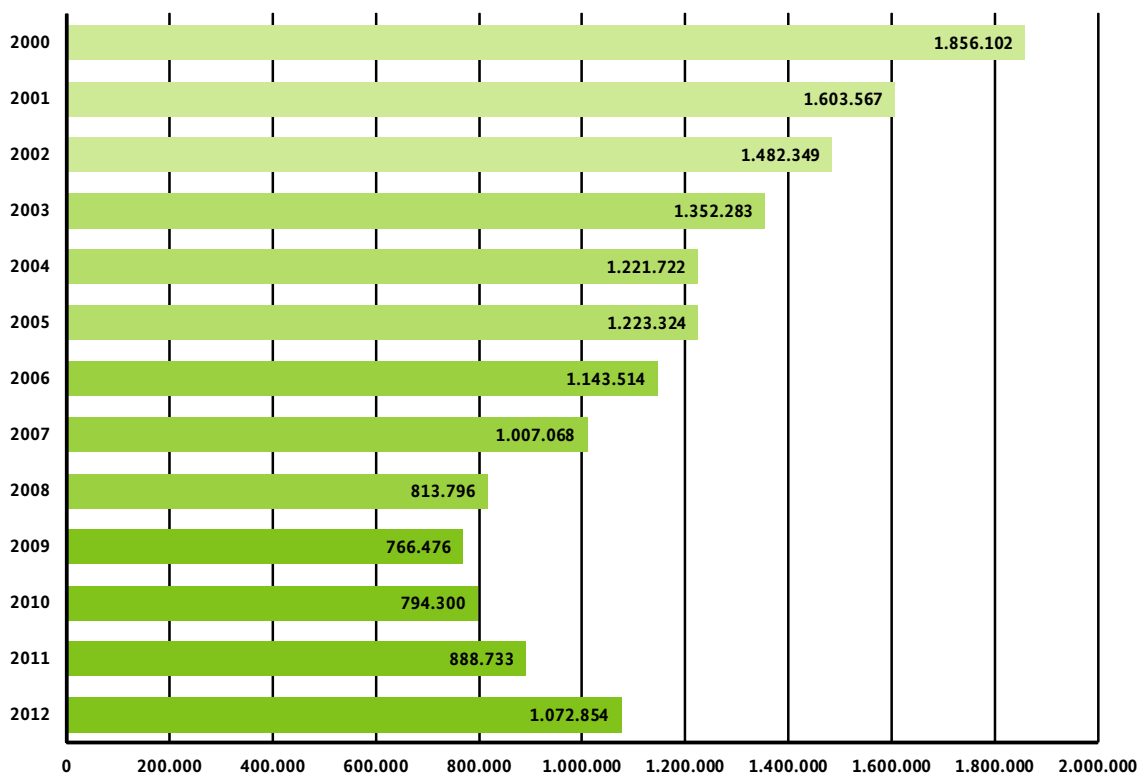
Abbildung I - 22:
Empfänger von Regelleistungen nach dem AsylbLG von 2000 bis 2012



Nettoausgaben im Rahmen des AsylbLG von 2000 bis 2012

Parallel zur Anzahl der Leistungsempfänger zeigte sich bis zum Jahr 2009 auch bei den Nettoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine rückläufige Entwicklung. Seit 2010 sind die Empfängerzahl und die Nettoausgaben wieder steigend und stellen den höchsten Wert seit dem Jahr 2006 dar.

Abbildung I - 23:
Nettoausgaben im Rahmen des AsylbLG von 2000 bis 2012



Angaben in 1.000 Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt

9 Asylbewerber, Asylberechtigte und als Flüchtling anerkannte Ausländer am Jahresende 2013

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 01.01.2005 wurde die Zuständigkeit für das Ausländerzentralregister dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übertragen. Im allgemeinen Datenbestand des Ausländerzentralregisters werden grundsätzlich alle Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, erfasst. Daher stammen zahlreiche statistische Strukturdaten zu Ausländern in Deutschland aus dem Ausländerzentralregister.

Zu den im Bundesgebiet aufhaltigen Personen, die derzeit beim Bundesamt oder bei Gericht ein Asylverfahren betreiben oder als Asylberechtigte bzw. als Flüchtling anerkannt wurden, können mit Hilfe des Ausländerzentralregisters detailliert Angaben gemacht werden. Seit 01.12.2013 gilt dies auch für subsidiär Schutzberechtigte.

Angaben zu Personen, denen bis 30.11.2013 ein subsidiärer Schutz gewährt wurde, können dem Ausländerzentralregister allerdings nicht entnommen werden. Die subsidiäre Schutzgewährung kann zwar mittelbar anhand ihrer aufenthaltsrechtlichen Folge, der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 3 AufenthG, aus dem Ausländerzentralregister herausgelesen werden. Hiernach kann jedoch nicht unterschieden werden, ob der subsidiäre Schutzbedarf im Rahmen eines Asylverfahrens durch das Bundesamt oder, wenn der Ausländer keinen Asylantrag gestellt hatte, durch die dann zuständige Ausländerbehörde (unter Beteiligung des Bundesamtes gem. § 72 Abs. 2 AufenthG) festgestellt worden ist.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass eine unbekannte Zahl an Menschen, die schon vor vielen Jahren nach Deutschland kamen und als Asylberechtigte oder als Flüchtlinge anerkannt wurden, mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und so statistisch kaum zu identifizieren ist.

HINWEIS

Die Zahl der laut Ausländerzentralregister in Deutschland lebenden Asylbewerber, Asylberechtigten sowie anerkannten Flüchtlinge darf auf keinen Fall mit den Daten zur Geschäftsstatistik des Bundesamtes – d.h. mit Zugangs- und Entscheidungsdaten – verglichen werden. Bei den folgenden Daten handelt es sich um Bestandsgrößen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ermittelt werden (z.B. zum 31. Dezember eines Jahres). Zugangs- und Entscheidungsdaten beziehen sich dagegen auf einen Zeitraum (z.B. vom 1. Januar - 31. Dezember eines Jahres) und stellen sog. Bewegungsgrößen dar.



Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Tabelle I - 15:
Aufhältige Asylbewerber am 31.12.2013

Staatsangehörigkeit	absoluter Wert	prozentualer Wert
Gesamtergebnis	135.581	
Afghanistan	16.148	11,9%
Russische Föderation	12.890	9,5%
Serbien	10.744	7,9%
Syrien, Arab. Republik	10.566	7,8%
Iran, Islam. Republik	7.788	5,7%

Abbildung I - 24:
Aufhältige Asylbewerber am 31.12.2013
Gesamtzahl: 135.581

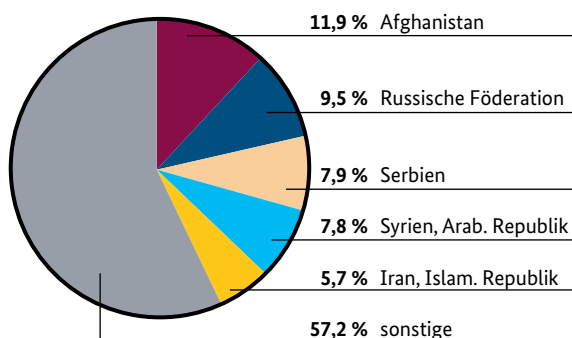


Tabelle I - 16:
Aufhältige Asylberechtigte nach Art. 16 a GG am 31.12.2013

Staatsangehörigkeit	absoluter Wert	prozentualer Wert
Gesamtergebnis	38.893	
Türkei	13.986	36,0%
Iran, Islam. Republik	5.954	15,3%
Afghanistan	2.463	6,3%
Sri Lanka	1.685	4,3%
Irak	1.586	4,1%

Abbildung I - 25:
Aufhältige Asylberechtigte nach Art. 16 a GG am 31.12.2013
Gesamtzahl: 38.893

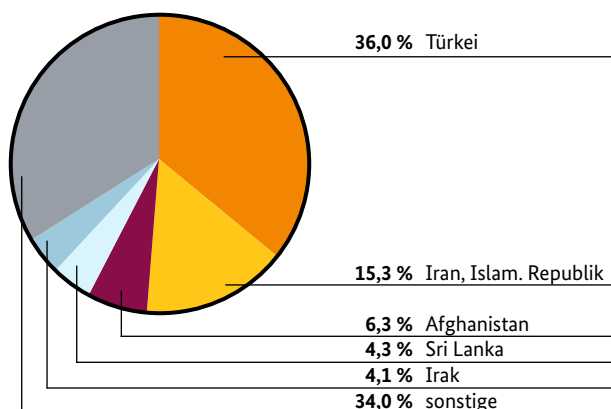
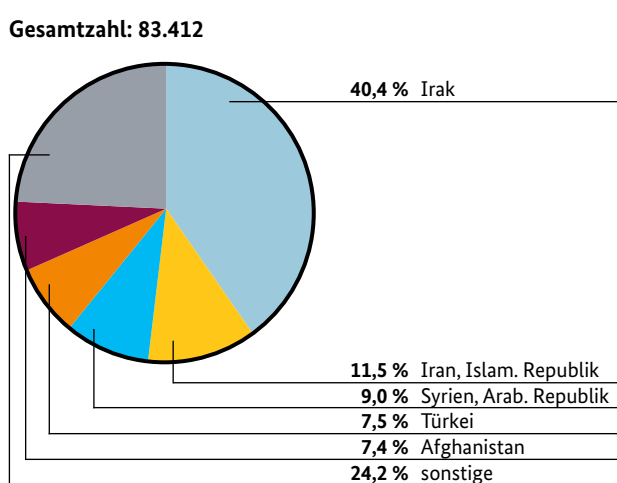



Tabelle I - 17:
Aufhältige anerkannte Flüchtlinge gem. § 60 Abs. 1 AufenthG am 31.12.2013

Staatsangehörigkeit	absoluter Wert	prozentualer Wert
Gesamtergebnis	83.412	
Irak	33.661	40,4%
Iran, Islam. Republik	9.626	11,5%
Syrien, Arab. Republik	7.466	9,0%
Türkei	6.280	7,5%
Afghanistan	6.159	7,4%

Abbildung I - 26:
Aufhältige anerkannte Flüchtlinge gem. § 60 Abs. 1 AufenthG am 31.12.2013



Stand: 31.12.2013
Quelle: Ausländerzentralregister

 Erläuterungen zur Änderung der Rechtsgrundlagen ab 01.12.2013 siehe S. 31f.

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 124
90343 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Michael Fischelmayer
Dr. Harald Lederer

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 124
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
www.bamf.de
E-Mail: info@bamf.de

Stand:

Februar 2014

Layout:

Gertraude Wichtrey

Bildnachweis:

Seite 5: ©Thomas Geiger

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

